

Besprechungen

Günter Hartfiel: Wirtschaftliche und soziale Rationalität. Untersuchungen zum Menschenbild in Ökonomie und Soziologie. Stuttgart 1968. Ferdinand Enke Verlag. VIII, 289 S.

Unter den zahlreichen Versuchen, von den verschiedenen Teilgebieten unseres Gesamtfaches her auf eine Integration der sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen hinzuwirken, darf das hier anzuzeigende Buch als einer der bemerkenswertesten Vorstöße im Grenz- und Überschneidungsbereich zwischen Wirtschaftswissenschaft und Soziologie gelten.

Der Verfasser zielt darauf ab, mittels einer wissenschaftstheoretischen und wissenssystematischen Bestandsaufnahme sowie etlicher lehrgeschichtliche Rückblicke die Brücke zu schlagen vom spezialisierten Sprachgebrauch und von der immer enger abgesteckten Problemsicht der Sonderzweige zur nachbarschaftlichen Kooperation jener Fächer, die um das gesellschaftlich relevante Verhalten des Menschen kreisen. Obzwar Hartfiels Untersuchungen im ganzen recht ungleichen Perspektiven folgen, münden sie doch allesamt in das Leitthema ein, den Inhalt und die Geltung des — normativ oder explikativ interpretierbaren — Rationalprinzips als Bestimmungsgrund individuellen und interpersonellen Handelns auszuloten und kritisch-analytisch zu erproben.

Nach einigen methodologisch nützlichen Vorbemerkungen über Modelldenken und Theorie- und Typenbildung wurde der Hauptteil des Buches in drei Abschnitte gegliedert. Zum Problem der „formalen Rationalität“ legt der Autor zunächst die Anwendungsformen des Rationalprinzips wie auch dessen wahlhandlungstheoretische Implikationen dar und schneidet S. 60 ff. die für Nationalökonomie und Soziologie gleich wichtige Frage nach dem Verhältnis formaler und inhaltlich bestimmter Rationalität an. Im folgenden Abschnitt befaßt er sich mit der dem Naturrechtsdenken und der nachreformatorischen Staats- und Gesellschaftslehre entstammenden Kategorie der „wirtschaftlichen Rationalität“, die an den Menschenbildern der ökonomischen Klassik (*Smith, Ricardo, J. St. Mill*), der Grenznutzentheorie und des Historismus und Institutionalismus veranschaulicht wird. Die abschließende Erörterung der „sozialen Rationalität“ konzentriert sich auf eine diskursive Würdigung der Beiträge von *Marx, Max Weber, Pareto, Durkheim, Parsons* und *Dahrendorf*. Das ebenso klar wie behutsam argumentierende, literarisch wohlfundierte Werk weist einen

Weg aus der Vereinseitigung sozialwissenschaftlichen Partikularismus. Die vielfältigen Anregungen, die es vermittelt, sollten nicht zuletzt im Hochschulunterricht ausgeschöpft werden.

Antonio Montaner, Mainz

Amitai Etzioni: Soziologie der Organisationen. Aus dem Amerikanischen übers. von Jörg Baetge unter Mitarbeit von Rolf Lepenies und Helmut Nolte. München 1967. Juventa Verlag. 191 S.

Etzionis wichtigster Beitrag zur Organisationssoziologie ist das 1961 veröffentlichte und nicht ins Deutsche übersetzte Buch „A Comparative Analysis of Complex Organizations“. In dem jetzt in deutscher Übersetzung vorgelegten Bändchen wendet er sich an einen weiteren Leserkreis, dem er in leicht faßlicher Form einen zusammenfassenden Überblick über wichtige Fragen der Organisationsanalyse bieten will. Der von Fachterminologie wenig belastete Stil und der ständige Rückgriff auf illustrative Beispiele dienen diesem Zweck ebenso wie die eher deskriptive als theoretisch argumentierende Darstellungsweise. Einschlägige Vorkenntnisse werden nicht vorausgesetzt, sondern — wie *Taylor's Scientific Management*, *Webers* Bürokratiebegriff oder das *Hawthorneexperiment* (zum wievielten Male?) — im Text beschrieben. Etzionis früher entwickelter, eigener theoretischer Ansatz wird in zwei Kapiteln (6 und 7) zur Grundlage der Darstellung, wobei auch hier der Akzent mehr auf der Beschreibung als auf theoretischer Auseinandersetzung liegt. Kurz, das kleine Buch ist eine gute Einführung in die soziologische Betrachtung von Organisationen, vorzugsweise für Laien auf diesem Gebiet, bringt aber aus diesem Grunde dem auf dieses Thema spezialisierten Soziologen kaum Neues.

Etzioni betrachtet die Entwicklung der Organisationsanalyse als eine Reihe von Lösungsversuchen für das zentrale Organisationsproblem, nämlich die Kombination von Effizienz und individueller Befriedigung bzw. von organisatorischen und individuellen Anforderungen. Dem auf das Merkmal der Zielorientiertheit abgestellten Organisationsbegriff entsprechend wird dabei zunächst ein ganzes Kapitel (2) den Organisationszielen, ihrer Eigenart, Setzung und Änderung, gewidmet. Jedoch will Etzioni nicht einem „Zielmodell“ von Organisation folgen, sondern einem „Systemmodell“, d. h. der analytische Beurteilungsmaßstab ist nicht der absolute Erfolg in der Verwirklichung des Organisationszieles, sondern die Erfüllung von umfassender definierten Systemerfordernissen. Hier greift Etzioni auf Gedanken eines früheren Aufsatzes von sich zurück, verfolgt sie dann allerdings nicht weiter in Richtung auf eine explizit systemtheoretische Betrachtungsweise, wie man sie z. B. bei Niklas Luhmann findet. Etzioni folgt vielmehr dem von ihm so genannten strukturalistischen Lösungsversuch, den er als eine Synthese der vorangehenden Lösungsversuche der klassischen Organisationslehre und der Human-Relations-Schule betrachtet. Während in diesen früheren, in Kapitel 3 und 4 beschriebenen organisationsanalytischen Ansätzen einmal die Effizienz und einmal die individuelle

Befriedigung im Vordergrund stand, wobei jeweils unterstellt wurde, daß die rationale organisatorische Lösung auch individuell befriedigend sei und umgekehrt, geht der strukturalistische Lösungsversuch von einem prinzipiellen Konflikt zwischen organisatorischen und individuellen Bedürfnissen, zwischen formalen und informalen Aspekten der Organisation aus. Zugleich ist dieser Ansatz in mehrfacher Hinsicht umfassender als frühere Ansätze, nicht nur indem er die Aufmerksamkeit sowohl auf formale wie informale Phänomene, sowohl auf materielle wie auf soziale Anreize, sowohl auf die unteren wie die oberen Ränge richtet, sondern auch indem neben den vorher fast ausschließlich behandelten Industrie- und Verwaltungsbetrieben jetzt alle anderen Organisationstypen in die Analyse eingeschlossen und zugleich die Wechselwirkungen zwischen Organisation und Umwelt mit untersucht werden.

Es dürfte schon nach diesen Andeutungen offensichtlich sein, daß Etzionis „strukturalistischer Lösungsversuch“ nichts mit dem Strukturalismus eines *Levy-Strauss* zu tun hat. Etzionis Strukturbegriff entstammt vielmehr der strukturell-funktionalen Theorie, weshalb bei ihm dann auch die Frage der durch Mittel sozialer Kontrolle zu erreichenden Konformität im organisatorischen Rollenverhalten im Vordergrund steht. Den hiermit angesprochenen Fragen sind die Kapitel 6 und 7 gewidmet, wobei Etzioni seine früher entwickelte Typologie von *coercive*, *utilitarian* und *normative organizations*, entsprechend drei wesentlichen Formen oder Grundlagen sozialer Kontrolle, zugrunde legt. Kapitel 8 ergänzt diese Darstellung mit einer Behandlung des Gegensatzes und der organisatorischen Verwendungsarten von Verwaltungsautorität und Fachautorität (professionaler, auch funktionaler Autorität), wobei diese begriffliche Unterscheidung zu einer mit der vorher benutzten nicht explizit verbundenen Typologie von nicht-fachorientierten, „halb-fachlichen“ und fachorientierten Organisationen entwickelt wird (die Eigenständigkeit des mittleren Typs überzeugt im übrigen nicht).

Als wichtigsten Begründer des strukturalistischen Ansatzes nennt Etzioni Max *Weber*, gestützt auf dessen Behandlung von Legitimität, Herrschaft und Bürokratie. Das mag zunächst erstaunen, wenn man, mit Niklas *Luhmann* oder auch Alvin *Gouldner*, *Webers* Konzeption bürokratischer Herrschaft eher als im Gegensatz zu dem systemtheoretischen Ansatz der modernen Organisationstheorie stehend und aufgrund der Betonung von Effizienz und formalen Organisationsaspekten der klassischen Organisationslehre verwandt ansieht. Für Etzioni ist dagegen die zentrale Stellung des Problems sozialer Kontrolle bei *Weber* entscheidend. Hier wird besonders deutlich, daß Etzioni tatsächlich keinen ausgesprochen systemtheoretischen Ansatz verwendet. Obwohl Etzioni *Weber* ein eigenes Kapitel widmet, bleibt dessen theoretische Rezeption übrigens stellenweise unzulänglich, wie nicht nur die vom Herausgeber der Reihe in einer Fußnote bemerkte Vernachlässigung des idealtypischen Charakters der drei Herrschaftsformen zeigt,

sondern auch die stillschweigende Akzentverschiebung von Herrschaft auf Autorität (d. h. von einem ordnungsbezogenen auf einen positionsbezogenen Begriff) und die unerlaubte Gleichsetzung von rational-legaler und bürokratischer Autorität (S. 85; „bürokratisch“ ist bei *Weber* lediglich die vorherrschende Form des Verwaltungsstabes bei rational-legal legitimierter Herrschaft).

Die letzten zwei Kapitel des Buches gehen auf einige Fragen der Wechselwirkung zwischen Organisation und sozialer Umwelt ein. Die Ausführungen über die Trennung von Verbrauch (von Organisationsleistungen) und Kontrolle (über ihre Erstellung) stellen ein gesellschaftlich wichtiges Problem anschaulich dar (Kapitel 9). Bei der Erörterung der Faktoren, die das ungeheure Organisationswachstum in der Neuzeit begründet haben, vermißt man etwas den konkret-historischen Aspekt. Ebenso hätte man sich gewünscht, daß Etzioni die gesamtgesellschaftliche Problematik der Dominanz von Organisationen ausführlicher behandelte, als es in Kapitel 10 in den kurzen Bemerkungen über die unterschiedliche Stellung von Organisationen in verschiedenen Herrschaftssystemen, von *laissez-faire* zu total geplant, tatsächlich geschieht. In seinem neuesten Buch, „*The Active Society*“, ist Etzioni selber ganz auf die neuerdings wieder populäre gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise eingeschwenkt, so daß eine entsprechende Erweiterung der organisationsbezogenen Perspektive ihm nicht fern gelegen haben dürfte. Aber vielleicht meint er, daß sie den bescheidenen Rahmen dieser Einführung sprengen würde, nicht zu Unrecht, da hierbei soziologisches Neuland hätte betreten, d. h. über die Darstellung von bereits vorliegendem Wissen hätte hinausgegangen werden müssen.

Die Übersetzung ist insgesamt flüssig und dem Einführungszweck des Buches wie dem Stil des Autors angemessen. Allerdings ließe sich über bestimmte terminologische Entscheidungen streiten. Für „goal displacement“ hätte z. B. durchaus das schon früher dazu verwandte Wort Zielverschiebung benutzt werden können; „coercive“ mit *brachial* und „utilitarian“ mit *pretial* zu übersetzen mutet ungewohnt, ja fast etwas hölzern an; für „enforcement“ wäre Durchsetzung wohl angemessener gewesen als Erzwingung, und man muß (um einen letzten Punkt herauszugreifen) immerhin fragen, ob ein Übersetzer das von Etzioni tatsächlich nicht präzise im ursprünglichen marxistischen Sinne benutzte Wort „alienation“ mit dieser Begründung einfach durch Unzufriedenheit oder Frustration ersetzen sollte. Daß versucht wurde, das englische „professional“ (auch: „professional authority“, „professional“, „non professional“ und „semi-professional organization“) mit fachlich (Fachautorität, fachorientierte Organisation usw.) zu übersetzen, ist ein mutiger Hieb durch einen gordischen Übersetzungsknoten, aber der stilistische Gewinn wird mit einem Verlust an Bedeutungsgenauigkeit bezahlt: Fachmann und Verwaltungsspezialist sind im Deutschen eben keine Gegensätze (man spricht auch vom Verwaltungsfachmann), unter fachorientierten Organisationen kann man sich wenig

vorstellen, und das Wort „Fach-“ kommt auch in Kombinationen mit „Arbeiter“ vor, was dem Sinn von „professional“ völlig entgegengesetzt ist. Aus solchen Gründen wird „professional“ oft unübersetzt gelassen bzw. als Fremdwort benutzt, was, dem Einführungszweck des Buches zuliebe, hier vielleicht absichtlich vermieden werden sollte.

Renate Mayntz, Berlin

Hermann Kellenbenz: Die Fuggersche Maestrazgopacht (1525—1542). Tübingen 1967. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). IX, 402 S.

Das 16. Jahrhundert bildet in vielerlei Hinsicht eine Übergangsepoche in der europäischen Geschichte. Viele im Mittelalter geschaffene Institutionen und Strukturen verlieren ihre ursprüngliche Form und Bedeutung, werden umgebildet, erhalten neue Funktionen und werden so zu Ansatzpunkten für eine bis ins 19. Jahrhundert reichende Entwicklung.

Die vorliegende, auf langjährigen Forschungen beruhende Arbeit zeigt diesen Wandlungsprozeß am Beispiel der spanischen Ritterorden von Calatrava, Santiago und Alcántara deutlich auf. Im 12. und 13. Jahrhundert analog zu den Kreuzrittern als militärische Träger des hochmittelalterlichen christlichen Glaubenskampfes gegründet, verlieren die spanischen Orden mit der Beendigung der Reconquista (1492 Eroberung von Granada) ihre ursprüngliche Aufgabe.

Sicherlich nicht zufällig beginnen fast gleichzeitig die verstärkten Bemühungen der Katholischen Könige, im Rahmen der langen Entwicklung zum neuzeitlichen Territorialstaat mit seinem steigenden Geldbedarf sich die beträchtliche Wirtschaftskraft der Orden nutzbar zu machen. Mit der päpstlichen Bulle vom 4. Mai 1523, in der Karl V. die erbliche Großmeisterwürde der drei Orden übertragen bekommt, findet diese Entwicklung ihre juristische Fixierung. Von nun an kann der spanische König über denjenigen Teil der Ordenseinkünfte, der dem Großmeister zusteht („Mesa Maestral“), endgültig verfügen.

Doch übertrug die spanische Krone — analog zur Verpachtung regaler Herrlicher Einkünfte und Gefälle im übrigen Europa — die Erhebung der Maestrazgo-Einnahmen gegen kurzfristige Vorschüsse und feste Zahlungsverpflichtungen (z. B. Gehaltszahlungen an hohe Amtsträger) an private kapitalkräftige Firmen bzw. Konsortien, die auf diesem Weg gleichzeitig mindestens teilweise frühere Anleihen getilgt bekamen.

Dieses im einzelnen recht komplizierte Verfahren bot der Krone den Vorteil, bestehende Verpflichtungen bequem zu tilgen, die eigene noch im Entstehen begriffene Verwaltung zu entlasten und in den jeweiligen Pächtern potente Kreditgeber zu besitzen. Für die Privatfirmen ergab sich der Vorteil, ein Unterpand für Darlehen und damit gesicherte Außenstände sowie eine Mitwirkungsmöglichkeit an deren pünktlicher Begleichung zu besitzen. Die mögliche Rendite schwankte stark, da die Maestrazgo-Erträge zum größeren Teil aus Naturalien be-

standen, deren Marktpreis nicht nur vom jeweiligen Ernteergebnis abhing, sondern angesichts der mangelhaften Infrastruktur gerade bei Massengütern auch starken lokalen Schwankungen unterworfen war. In diesem Zusammenhang bringt die Arbeit wertvolle Ergänzungen und Korrekturen zu dem bekannten Werk von Earl J. *Hamilton* (*American Treasure and the Price Revolution in Spain 1501—1640*, Cambridge/Mass. 1935).

Insgesamt besteht die Veröffentlichung aus zwei Teilen: Der erste Teil (S. 1—112) behandelt die Geschichte der drei Orden, ihren inneren Aufbau und ihre Funktion in der spanischen Wirtschaft und Gesellschaft. Er basiert auf ungedruckten spanischen Quellen und stellt in seiner prägnanten und gut gegliederten Form eine Forschungsleistung dar, für die es im deutschen Sprachbereich zu diesem Thema kaum eine Parallele gibt. Der wesentlich umfangreichere zweite Teil (S. 113—375) beinhaltet die mit Akribie durchgeführte und durch ausführliche Regesten ergänzte Edition der wichtigsten Quellen zur Maestrazgo-Pacht 1525—1542. Den Schwerpunkt bildet dabei die Abrechnung der Fugger über ihre zweite Pachtperiode 1538—1542 (S. 182—375), nachdem die Augsburger Firma bereits 1525—1527 erstmals die Verwaltung dieser königlichen Gefälle übernommen hatte, um vor allem ihre hohen Forderungen einzubringen, die aus der Kaiserwahl Karls V. herrührten.

Die edierten Quellen gewähren nicht nur einen tiefen Einblick in das kaufmännische Rechnungswesen, sondern lassen auch manche Probleme fürstlicher und privatwirtschaftlicher Verwaltung der damaligen Zeit klarer als bisher erkennen. Die gesamte Veröffentlichung stellt daher einen wesentlichen und wichtigen Beitrag zur europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 16. Jahrhunderts dar, ist durch ein ausführliches Orts- und Personenregister gut erschlossen und verfügt über ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis.

Reinhard Hildebrandt, Berlin

Ernst Hieke: Rob. M. Sloman jr., Errichtet 1793. Hamburg 1968. Verlag Hanseatischer Merkur. 535 S.

Das Seefrachtgeschäft befindet sich in einem Umbruchsprozeß, der mehr als je die Aufmerksamkeit der Beteiligten in der Praxis und auch die verkehrswissenschaftliche Behandlung seewirtschaftlicher Probleme auf die zukünftige Entwicklung lenkt. Dennoch ist es nicht ohne Reiz, in dieser Zeit den Blick einmal zurückzurichten auf die Geschichte des wohl ältesten noch bestehenden deutschen Schiffahrtsunternehmens, das im Jahre 1968 sein 175jähriges Jubiläum feiern konnte. Sie bildet den Gegenstand des hier angezeigten, hervorragend ausgestatteten und reich dokumentierten Werkes, das aus diesem Anlaß veröffentlicht wurde.

Die Firma Sloman war zunächst ein Schiffsmaklergeschäft. Als Reederei betrieb sie unter verschiedenen Rechtsformen und mit einigen

Nebengründungen seit etwa 1830 regelmäßige Liniendienste — anfangs mit „Packet-Seglern“, dann mit Dampf- und später mit Motorschiffen — nach der US-Ostküste und den Golfhäfen, nach Südamerika, den Mittelmeerländern und nach Australien, seit den 1950er Jahren auch in Gemeinschaft mit anderen Reedereien nach Westafrika, ferner Trampfahrt und, aufbauend auf ihren Erfahrungen im Südfrucht-Import vom westlichen Mittelmeer, seit 1939 Kühlschiffahrt. Das erste deutsche Übersee-Dampfschiff, „Helena Sloman“, führte ihre Flagge.

Der Verfasser hat in enger Zusammenarbeit mit der Reederei, auf deren Archive sich seine Forschungen ebenso wie u. a. auf schon früher von anderen Autoren erstellte, aber nicht veröffentlichte Manuskripte stützen konnten, ein wirtschaftshistorisch aufschlußreiches Material vorgelegt. Es umfaßt eine Entwicklung, die von einer äußerst vielseitigen Aktivität des Firmengründers und seiner Nachfolger in der expansiven Phase der Weltwirtschaft gekennzeichnet ist, auf die sich die Darstellung konzentriert.

Das Buch hält sich in seiner äußeren Form im konventionellen Rahmen von Firmengeschichten, ohne inhaltlich auf kritische Prüfung zu verzichten. Es ist in einen Textteil sowie mehrere Listen und Dokumentationen gegliedert. In vier Kapiteln werden die historischen Entwicklungsabschnitte von 1793 bis 1968, namentlich die früheren Phasen, ausführlich dargestellt. Die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg ist allerdings, aus naheliegenden Gründen, relativ kurz behandelt worden. Ein Kapitel ist der Tätigkeit der Firma als Schiffsmakler gewidmet, die auch heute sehr bedeutsam ist.

Wie es in der Geschichte einer Personen-Firma nicht anders zu erwarten ist, stehen Persönlichkeiten im Mittelpunkt der Darstellung. Um sie herum gruppieren sich die geschäftlichen Entwicklungen. Von den zahlreichen Projekten der Firmeninhaber zeugt auch der Dokumentations-Teil, in dem eine Reihe öffentlicher Stellungnahmen zu den verschiedensten Vorhaben enthalten sind. Der Übergang vom Segel zum Dampfschiff im Linienvverkehr sowie in neuerer Zeit die Hinwendung zur Spezialschiffahrt sind ebenso kennzeichnend für die Entwicklung des Unternehmens wie die Schwierigkeiten, als Privatreederei sich angesichts vielfacher Wandlungen der wirtschaftlichen Bedingungen erfolgreich zu behaupten, unter denen die beiden Weltkriege nur besondere Krisenpunkte sind.

Für den an allgemeiner Wirtschaftsgeschichte interessierten Leser wie auch für denjenigen, dessen Aufmerksamkeit der Schiffahrtsgeschichte im engeren Sinne gilt, bietet das Buch ein sehr vielseitiges und reichhaltiges Material, in dem Transportleistungen, Finanzierungsfragen, Reiseergebnisse, wirtschaftspolitische und schiffbautechnische Faktoren und auch persönliche Einflüsse gleichermaßen berücksichtigt sind.

Es kann hier nicht auf Einzelheiten der sehr gründlichen und detaillierten Abhandlungen eingegangen werden. Nicht unerwähnt bleiben soll jedoch die vorzügliche Ausstattung des Buches mit mehr als 125

Abbildungen von Personen, Schiffen und Häfen sowie mit einer großen Zahl von Faksimile-Wiedergaben alter Inserate, Werbematerialien, Frachttarife usw., die schon für sich genommen recht reizvoll sind. Für den Schifffahrtshistoriker wird auch die vollständige Liste der unter der Sloman-Flagge gefahrenen und derzeit laufenden Schiffe mit zahlreichen Daten wertvoll sein.

Man darf Verfasser und Reederei zu dem vorliegenden Werk beglückwünschen.

Hans Böhme, Göttingen

Helmut Arndt (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Untersuchungen — Gerhard Albrecht zum 80. Geburtstag. Berlin 1969. Duncker & Humblot. XII, 442 S.

Gerhard Albrecht, dem ersten Nachkriegsvorsitzenden des Vereins für Socialpolitik (1948—1954) und emeritierten Ordinarius der Universität Marburg, ist zum 80. Geburtstag eine umfangreiche Festschrift — herausgegeben von seinem Schüler Helmut Arndt — gewidmet worden, welche die Vielseitigkeit der Interessen des Jubilars widerspiegelt. Der Band ist in acht ungleichgewichtige Teile gegliedert, wobei die letzten beiden nur je einen Aufsatz enthalten (Friedrich Lütge — der inzwischen verstorben ist —: Eine Österreichisch-Westafrikanische Seehandlungsgesellschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts; Asta Hampe: Befähigungsnachweis und Zwischenprüfung für das wirtschaftswissenschaftliche Studium).

Im ersten Teil (Sozialpolitik) sei besonders der Aufsatz von Elisabeth Liefmann-Keil (Zur Aktivität der Interessenverbände — Gesellschaftspolitik als Sozialpolitik) genannt, in dem die Verfasserin die von Verbänden gesteuerten Gruppeninteressen und einige ihrer Konsequenzen für die Sozialpolitik analysiert (z. B. Tendenz zur Immobilität). „Die Arbeitsteilung im demokratischen Entscheidungsprozeß führt zu einer Gesellschaftspolitik, die weitgehend durch die Vertreter von organisierten Gruppen bestimmt ist und die Sozialpolitik zu einem Feld immer wieder neuer verbandspolitisch bedingter Zielkonflikte werden läßt“ (S. 51). Hans Achinger (Das Problem der sozialen Daten in der Sozialpolitik) zeigt u. a. einige der Mängel heutiger Sozialstatistik auf. Die übrigen Aufsätze stammen von Constantin von Dietze (Agrarreformen und Agrarrevolutionen) und dem gleichfalls inzwischen in hohem Alter verstorbenen Kölner Soziologen Leopold von Wiese (Sozialpolitik heute. Es handelt sich um Hinweise auf vier Seiten zum Tendenzwandel der Sozialpolitik im Vergleich zur Situation vor 50 Jahren: „... Nachlassen der Vorherrschaft der Klassenordnung zugunsten von Tendenzen, die von der Gesamtheit des Volkes ausgehen“, S. 55).

Der zweite Teil ist dem Genossenschaftswesen und der horizontalen Kooperation vorbehalten mit Beiträgen von Georg Draheim über „Probleme der horizontalen Kooperation von Unternehmungen“, Reinhold Henzler (ebenfalls inzwischen verstorben) „Über die Frage einer Beteiligung der Mitglieder am inneren Wert der Genossenschaft“ und

Wilhelm Weber (Wien) über „Wettbewerbsfragen im österreichischen Genossenschaftswesen“.

Beiträge aus dem Gebiet der „Soziologie und Sozialpsychologie“ folgen. Karl Brandt greift die auch wirtschaftspolitisch interessanten „Abstimmungsprobleme bei Gruppenentscheidungen“ auf, Adolf Grabowsky analysiert „Die Masse als soziales Gebilde“. Eine anregende und den Rahmen des üblicherweise von Nationalökonomem Geschriebenen sprengende Studie (Zur Rechtfertigung des Konkurrenzsystems) stammt von Walter Adolf Jöhr, in der sich der Verfasser mit dem Buch des Verhaltensforschers Konrad Lorenz „Das sogenannte Böse — zur Naturgeschichte der Aggression“ auseinandersetzt. Wenn auch Lorenz' Ansichten über die Aggressivität des Menschen, die ihm nach Lorenz von Natur aus innewohnt, nicht unwidersprochen geblieben sind (hingewiesen sei hier auf Arno Plack: Die Gesellschaft und das Böse — eine Kritik der herrschenden Moral. München 1967) und auch von Jöhr nicht in allem unterstützt werden, regten sie Jöhr doch dazu an, im wirtschaftlichen Wettbewerb (analog zum politischen Kampf der Parteien in der Demokratie) ein Ventil der menschlichen Aggressivität zu sehen. „Bei den Kriterien zur Beurteilung des Konkurrenzsystems tritt damit neben die überkommenen Ziele der Wirtschaftspolitik die Stärkung des psychischen Gleichgewichts der einzelnen und damit auch die bessere Fundierung der gesellschaftlichen Stabilität“ (S. 179).

„Allgemeine Probleme der Wirtschaftspolitik“ werden im vierten Teil erörtert. Walter Hamm beurteilt die erweiterte Mitbestimmung unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten als „kostspielige Maßnahme“. Helmut Lipfert analysiert Stellung und Bedeutung des Goldes im System manipulierter Währungen, wobei nach Lipfert das Gold immer noch „einen Rest seiner heilsamen Disziplin- (oder Signal-)funktion erfüllt“, der in Anbetracht des noch nicht bedingungslosen Vertrauens „in die Manipulation des internationalen Währungssystems“ (S. 245) prinzipiell positiv zu bewerten ist. J. Heinz Müller charakterisiert kurz den Wandel der Einkommenspolitik weg von einer eigenen Zielvorstellung hin zu einer der konjunkturpolitischen Zielsetzung dienenden Rolle. Einige Schwierigkeiten der Definition und solche der konkreten Anwendung einer Einkommenspolitik werden geschildert und führen den Verfasser zur Schlußfolgerung, anstelle einer umfassenden Einkommenspolitik lohnpolitische Empfehlungen als Bestandteil konzentrierter Stabilisierungsaktionen zu befürworten. Theodor Wessels beschäftigt sich mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Atomenergie.

Der fünfte Teil (Planung — Marktwirtschaft) wird eingeleitet vom Herausgeber der Festschrift, Helmut Arndt, mit einigen Grundfragen zum Thema „Planung und Marktwirtschaft in Entwicklungsländern“. Goetz Briefs (Freie Marktwirtschaft — oder was sonst?) plädiert für ein Gleichgewicht „zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Eigenverantwortung einerseits und ... sozialen Gruppenforderungen andererseits“ (S. 307). Mit theoretischen Fragen der Wirtschaftsreformen im

Ostblock befassen sich K. Paul *Hensel* (Zur theoretischen Begründung der Wirtschaftsreformen in Osteuropa) und Gernot *Gutmann*, der die schon an anderer Stelle vorgelegten Untersuchungen zur Frage des marktmäßigen Anbieterverhaltens in einem Wirtschaftssystem mit öffentlichem Eigentum und einer speziellen Verteilungsnorm auf Betriebsebene fortführt (Marktanpassung des Wettbewerbsanbieters bei öffentlichem Eigentum und Bruttoeinkommensprinzip). „Systemtypische Merkmale von Wirtschaftsordnungen“ führt Karl C. *Thalheim* nahezu katalogartig auf.

Der sechste Teil enthält zwei finanzwissenschaftliche Beiträge. Theo *Keller* legt Zahlenmaterial zur allgemeinen Überprüfung des von Arnold *Brecht* u. a. auf kommunaler Ebene dargelegten Zusammenhanges zwischen Bevölkerungsgröße und öffentlichen Ausgaben vor („Ausgaben pro Kopf um so höher, je größer die Einwohnerzahl“ S. 346. Das Gesetz der überproportional zur Bevölkerung steigenden Ausgaben). Rudolf *Stucken* gibt einen Überblick über das Gutachten zur Reform der direkten Steuern des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen.

Ein Verzeichnis der Schriften Gerhard Albrechts — das allein 15 Bücher und 72 Aufsätze ausweist — beschließt einen Band mit ausgesprochen weitgefächertem Inhalt, was leider ein Charakteristikum vieler Festschriften ist.

Winfried Schmähl, Frankfurt/M.

Heinz König (Hrsg.): Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft. Köln und Berlin 1968. Kiepenheuer & Witsch. 434 S.

In der Abteilung Wirtschaftswissenschaften der „Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek“ ist als Band 23 die vorliegende Sammlung von Aufsätzen und Buchauszügen zur Theorie des wirtschaftlichen Wachstums erschienen, die während der letzten drei Jahrzehnte mehr und mehr in den Mittelpunkt nationalökonomischer Forschung und Lehre gerückt ist.

Bei der schier unüberblickbaren Fülle der einschlägigen in- und ausländischen Literatur und der engen Verflechtung dieses Problemkreises mit sämtlichen Teilbereichen der Wirtschaftstheorie und -politik war es eine schwierige Aufgabe für den Herausgeber, die einem derartigen Textband angemessenste Auswahl zu treffen, um so mehr als der notwendigerweise begrenzte Druckraum ihm die Hände band. Wie König im Vorwort auf S. 11 einleuchtend begründet, mußten Beiträge aus der vorkeynesianischen Zeit unberücksichtigt bleiben und außerdem Studien aus dem Gebiet der Entwicklungstheorie und der Wachstumsmodelle des von Neumann-Leontief-Typs sowie Abhandlungen zur makroökonomischen Produktionstheorie beiseite gelassen werden. Die über Ansätze und Probleme der Wachstumstheorie berichtende Einleitung aus der Feder des Editors vermittelt auf knapp 17 Seiten ein umfassendes Bild von den dogmengeschichtlichen Grundlagen und der syste-

matischen Ausbildung der Wachstumstheorie bis zu ihrem heutigen Stande.

König hat die 17 durchweg repräsentativen Lesestücke in sechs Themengruppen gegliedert. *Harrods* berühmter Artikel "An Essay in Dynamic Theory" aus dem Jahr 1939 gibt den Auftakt zum ersten Teil „Gleichgewichtiges und natürliches Wachstum“, in welchem sodann *Domar*, *Solow*, *Kaldor* und *Mirrlees* zu Wort kommen. Der zweite Teil „Außenhandel, Staat und wirtschaftliches Wachstum“ umschließt Beiträge von *Johnson*, *Timm* und *Sato*, und der dritte wartet zum Fragenkomplex „Zins und wirtschaftliches Wachstum“ mit Arbeiten von *Tobin* und wiederum *Harrod* ("Second Essay in Dynamic Theory") auf. Im vierten Teil wird das Thema „Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftswachstum“ an Hand des Aufsatzes von *Niehans* über wirtschaftliches Wachstum mit zwei endogenen Faktoren angeschnitten, der fünfte Teil „Produktionsfunktion, technischer Fortschritt und Lernprozesse“ setzt sich aus Beiträgen von *Ott*, *Krelle* sowie *Koyck* und *T Hooft-Welvaars* zusammen, während im sechsten Teil über „Wohlfahrtsmaximierung und optimale Sparquote“ *Tinbergen*, *Phelps*, *Meade* sowie *Bombach* und *von Weizsäcker* zu Referenten bestellt wurden. Mit Hilfe des ergiebigen Sachregisters kann dieser Sammelband auch zur Klärung von Einzelfragen gute Dienste leisten, und die stattliche Bibliographie soll den Leser dazu anhalten, seine Kenntnisse durch die Lektüre der Originalschriften zu erweitern und zu vertiefen.

Alles in allem hat König eine sehr verdienstvolle herausgeberische Leistung zustande gebracht und für die Übertragung der angelsächsischen Texte die rechten Mitarbeiter zu gewinnen vermocht. Als Studienhilfe ist dieses Textbuch hoch einzuschätzen. Da der Rezensent in derselben Reihe seinerseits als Editor mitwirkte, weiß er um die Qual der Wahl angesichts der vielen konkurrierenden Literaturvorlagen und Beurteilungskriterien, wobei dieser Entscheidungsprozeß nicht selten durch die Verweigerung der Druckgenehmigung rigoros beendet wird.

Antonio Montaner, Mainz

Wilhelm Krelle, unter Mitarbeit von *Dieter Coenen*: Präferenz- und Entscheidungstheorie. Tübingen 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 400 S.

Krelle hat ein neues Standardwerk vorgelegt. Ein stetes Nachschlagewerk für den akademischen Unterricht. Ständiger Begleiter für den Studenten dürfte es aber schwerlich werden: Der Preis ist prohibitiv (Leinen DM 98,—, broschiert DM 92,—).

Zusammen mit den Schriften von *Gäfgen* und von *Luce-Raiffa* sowie den einschlägigen Beiträgen zur Spieltheorie gibt dieses Buch einen repräsentativen Überblick über das Gebiet der Entscheidungstheorie. Rationale Entscheidungen verlangen die Existenz von Zielvorstellungen; diese werden im Rahmen der Präferenztheorie entwickelt.

Krelles Buch ist aber mehr als eine Übersicht über Präferenz- und Entscheidungstheorie. Vielmehr legt der Autor dazu eine eigene geschlossene Theorie vor, in besonderen Kapiteln und Anhängen wird über den Stand dieses Wissenszweiges referiert.

Die Behandlung der Nutzen- und Präferenztheorie nimmt 110 Seiten ein. Nach einer Darlegung der Grundlagen der bisherigen Theorie entwickelt der Autor seine Neufassung: Die Theorie des Befriedigungsniveaus. Es handelt sich dabei gleichsam um eine Dynamisierung der Nutzentheorie; das Befriedigungsniveau bestimmt sich durch die Abweichungen von einem Normalniveau, wobei die Änderungen in der Vergangenheit durch eine Vergessensrate und die Zukunftserwartungen durch eine Diskontierungsrate auf die Gegenwart bezogen werden.

Die bestimmenden Größen der Nutzenfunktion erfassen bei Krelle auch die soziale Dimension, eine wichtige Erweiterung, die seinerzeit im Prinzip bereits in der Konsumtheorie von *Duesenberry* angesprochen wurde. Das Normalniveau des Nutzens ist dann auch von der wirtschaftlichen Lage anderer Wirtschaftssubjekte abhängig. Diese Modifikation der Nutzentheorie ist nicht nur einsichtig und überzeugend, sie erweist auch ihre Zweckmäßigkeit dann, wenn es um die Bildung sozialer Präferenz- und Nutzenfunktionen geht. Die Wohlfahrtsökonomik glaubte auf die interpersonelle Vergleichbarkeit des Nutzens verzichten zu können: Die Wohlfahrtskriterien stützen sich auf individuelle Nutzenfunktionen. Die Befriedigungsfunktion, die Krelle formuliert, impliziert bereits interpersonelle Bestimmungsgründe des Nutzens. Sie wird als Grundlage eines neuen Wohlfahrtskriteriums vorgeschlagen: „Ein sozialer Zustand ist sicher dann besser als der bisherige, wenn nach genügend langer Zeit der Gewöhnung und Angleichung an den neuen Zustand kein Individuum sich auf einem niedrigeren Befriedigungsniveau befindet, dagegen mindestens eines auf einem höheren“ (S. 102).

Die Entscheidungstheorie nimmt knapp 280 Seiten ein. Entscheidungen bei Risiko (Spiele gegen die Natur) werden streng axiomatisch abgehandelt, wobei alternativ verschiedene Axiomensysteme angeboten werden. Eine wertvolle Ergänzung zu der ausgezeichneten Monographie von *Schneeweiß*. Die Diskussion eines wichtigen Sonderproblems der Spiele gegen die Natur, der Entscheidungen bei Unsicherheit, bringt die Vorstellung der verschiedenen Entscheidungskriterien sowie Gedanken zur Rolle der subjektiven Wahrscheinlichkeiten in diesem Zusammenhang und in der mathematischen Statistik überhaupt, was man angesichts der aktuellen Bedeutung des Bayes-Ansatzes etwa in der Ökonometrie begrüßen wird. Das eigentlich spieltheoretische Problem, die Entscheidungen gegen einen bewußt und rational handelnden Gegenspieler, wird auf der Grundlage der Spieltheorie erörtert. Der spezielle entscheidungstheoretische Aspekt besteht darin, daß die Situation nicht wie in der Spieltheorie von einem Schiedsrichterstandpunkt aus analysiert wird, sondern vielmehr bewußt einseitig von einem der beteiligten Entscheider aus mit dem Ziel, die für ihn günstigste Verhaltensweise herauszuarbeiten. Die Schwierigkeit bei der

Behandlung spieltheoretischer Entscheidungssituationen steigt bekanntlich dann, wenn es keine determinierten spielbedingten Lösungen mehr gibt (wie etwa den Sattelpunkt bei Nullsummenspielen), sondern wenn die Persönlichkeiten der Entscheider ins Spiel kommen. Das sind die eigentlich interessanten Fälle. Für die persönlichkeitsbestimmte Lösung von Zweipersonen-Nicht-Nullsummenspielen wird ein neuer Vorschlag unterbreitet.

Die Ausführungen über Entscheidungen gegen einen bewußt handelnden Gegner sind nicht immer einfach zu lesen. Eine gute Kenntnis der Spieltheorie ist dazu die beste Voraussetzung. Das letzte Kapitel des vorliegenden Buches gibt dazu als Ergänzung einen Überblick über die Theorie von *Neumann-Morgenstern* und ihre Weiterentwicklungen.

Kommt man ohne Entscheidungstheorie zu ebenso guten Entscheidungen wie mit ihr? So fragt der Autor in einem abschließenden Abschnitt: Einige Experimentaluntersuchungen legen eine negative Antwort nahe.

Lautet die Frage: Kommt man mit Hilfe des vorliegenden Buches zu besseren Ergebnissen beim Studium der Entscheidungstheorie als ohne dieses?, so handelt es sich dabei um eine Entscheidung bei Sicherheit.

Werner Meißner, Darmstadt

Helmut Kuhn: Die Struktur quantitativer Modelle. Zur wirtschaftstheoretischen Grundlegung der Ökonometrie. Tübingen 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XI, 211 S.

„In dieser Arbeit soll . . . versucht werden, den Übergang von den Modellen der Wirtschaftstheorie zu den stochastischen Modellen der Ökonometrie deutlich zu machen und die strukturellen Unterschiede der beiden Modellgruppen herauszuarbeiten“ (S. VII). So formuliert der Autor seine Aufgabe. Das Ergebnis: „Die strenge Determiniertheit des exakten Modells weicht einer wahrscheinlichkeitsbestimmten Unsicherheit der Aussagen über den Zusammenhang der ökonomischen Größen“ (S. 173). Dazwischen kreißeln die Berge mächtig. Trotzdem ist das Buch lesenswert.

Es ist eine hervorragend klare Formaldiskussion exakter und stochastischer Gleichgewichtsmodelle. Die „quantitativen Modelle“ des Titels sollten die Erwartung des Lesers nicht allzu hoch schrauben. Es handelt sich bis auf die letzten 26 Seiten, die einige gefällige Formalaussagen über dynamische stochastische Systeme bringen (etwa über Grenzwerte der Kovarianzmatrizen), und auf das dritte Kapitel, in welchem Kausalität und Entwicklung in einem dynamischen Modell diskutiert wird, um die streng strukturelle Untersuchung statischer Gleichgewichtsmodelle.

Die fünf Kapitel heißen: Theorie und Modell in der Nationalökonomie (25 S.), Variablen und Relationen im ökonomischen Modell (21 S.), Die statischen Modelle der Wirtschaftstheorie (33 S.), Der Aufbau der dynamischen Modelle der Wirtschaftstheorie (30 S.) und Der Modellansatz der Ökonometrie (90 S.).

Kuhn hat sich in den ersten beiden Kapiteln klug beschränkt, denn dieses Buch will keine methodologische Schrift sein, sondern will sich zu den allgemeinen strukturellen Eigenschaften ökonomischer Modelle äußern. Ökonomische Sachuntersuchungen streben nach neuen Ergebnissen, methodologische Diskussionen sind stets kritisch, Formaluntersuchungen meist verfeinernd und affirmativ. Dies ist eine elegante formale Analyse auf hohem metaökonomischem Niveau.

Werner Meißner, Darmstadt

Wilhelm Meinhold: Grundzüge der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. 3., durchgesehene und ergänzte Auflage. München 1967. Max Hueber. 322 S.

Nach der ersten (vgl. Finanzarchiv N. F., Bd. 15/1954, S. 203 f.) und zweiten (vgl. Allg. Statist. Archiv, Bd. 45/1961, S. 189) darf der Rezensent nun bereits die dritte Auflage dieses bewährten kurzgefaßten Lehrbuchs vorstellen, die gegenüber der vorigen von 283 auf 322 Seiten angewachsen ist. Da das Studienwerk Meinholds weite Verbreitung gefunden hat und in seiner Neuausgabe keine wesentlichen Veränderungen erfuhr, braucht sein Inhalt hier nicht abermals rekapituliert zu werden. Die Ergänzungen betreffen einige eingefügte Abschnitte, so z. B. hinsichtlich der Wahlhandlungstheorie (S. 33 ff.) und prinzipieller Erörterungen über Produktionsertrag und Produktivität (S. 59 ff.). Etliche andere Partien des Buches wurden durch stärkere Aufgliederung des Wissensstoffes transparenter gemacht, wie z. B. die Lehre von der Arbeitsteilung (S. 76 ff.) und vom Produktionsfaktor Boden (S. 85 ff.). Darüber hinaus hat der Autor zahlreiche Textstellen präziser formuliert und die Literaturhinweise — in der bei einem solchen Lehrbuch gebotenen Beschränkung der Auswahl — auf den neuesten Stand gebracht. Die meisten Druckfehler und Verschreibungen von Eigennamen, die sich in die zweite Auflage eingeschlichen hatten, wurden ausgemerzt, einige wenige hielten sich hartnäckig (Lasalle statt Lassalle, S. 253 und 309), und wiederum andere sind zufolge der Nachträge erstmals aufgetaucht (Kulp statt Külp, S. 268 und 309), doch sind diese unvermeidlichen Fehlleistungen im Drucksatz bei der vom Verfasser im Vorwort beklagten Zeitnot keineswegs gravierend.

Alles in allem möchte man Meinholds „Volkswirtschaftslehre“ auch und gerade in ihrer jetzigen Gestalt die gebührende Resonanz unter unseren Studenten wünschen und im übrigen hoffen, daß seine 1955 erschienene „Volkswirtschaftspolitik“ ebenfalls bald in ergänzter und erweiterter Form neu aufgelegt wird; am Bedarf mangelt es sicherlich nicht.

Antonio Montaner, Mainz

Charles P. Kindleberger: Europe's Postwar Growth. — The Role of Labor Supply. Cambridge/Mass. 1967. Harvard University Press. 270 S.

Der Autor betont in seiner Untersuchung über das Wachstum im Europa der Nachkriegszeit insbesondere die Bedeutung des Arbeitsange-

bots. Um diese herauszustellen, geht er vom Wachstums-Modell von *Lewis* aus, das ein unbegrenztes Angebot an Arbeitskräften unterstellt. Im Anschluß daran zeigt er, daß dieses Modell die Entwicklung in verschiedenen europäischen Staaten während der Nachkriegszeit nur teilweise zu charakterisieren vermag. In diesem Zusammenhang kommt *Kindleberger* zu recht interessanten Erkenntnissen, wenn man ihm auch nicht uneingeschränkt in der Grundthese folgen kann, daß die Fachleute in Europa die Bedeutung des Arbeitsfaktors unterschätzt hätten. Jedenfalls trifft das für die Schweiz ganz und gar nicht zu; auch für die Bundesrepublik gilt diese Feststellung für die Zeit etwa ab 1956 nicht — und vorher war hier das Arbeitskräfteproblem nicht aktuell.

Im Hauptteil seines Werkes (von Kapitel II bis XII) gibt *Kindleberger* einen guten Überblick über die wichtigsten Aspekte seines Themas in den verschiedenen westeuropäischen Ländern. Dem auf diesem Gebiet arbeitenden Wissenschaftler fällt bereits dabei auf, daß im wesentlichen nur Veröffentlichungen verarbeitet werden, die aus verschiedenen Gründen ins Englische übersetzt wurden oder primär im englischen Sprachbereich erschienen. Trotz dieses Mangels, der übrigens für die Bundesrepublik besonders deutlich wird (oder liegt es daran, daß aus der Bundesrepublik mehr Beiträge in englischer Sprache erschienen sind als aus anderen westeuropäischen Ländern?), bringt die Lektüre dieser Kapitel für den Leser viel Gewinn.

Ganz anders steht es mit dem letzten Kapitel, in dem *Kindleberger* die Zusammenhänge zwischen Wachstum, Einkommensverteilung und sozialer Gerechtigkeit behandelt. Hier entsprechen weder die Behandlung der Gegebenheiten in Westeuropa noch die Wiedergabe von Meinungen (z. B. aus den Denkschriften der Kirchen zur Eigentumsfrage) den zu stellenden Anforderungen. Dieses letzte Kapitel paßt in seinem Niveau ganz und gar nicht zu dem übrigen Werk. Kennzeichnend dafür ist etwa folgende Quellenangabe, die sich bei einem Vergleich der deutschen und der österreichischen Verhältnisse (S. 248, Anm. 9) findet: „See ‚Unbehagen in der Wirtschaftlichen Grundstimmung Österreich‘ Neue Zürcher Zeitung, August 5, 1964“. So verbleibt hinsichtlich des Schlußkapitels ein unerfreulicher Eindruck, der den Gesamtwert des Werkes mindert.

J. Heinz Müller, Freiburg i. Br.

Walther G. Hoffmann (Hrsg.): Technischer Fortschritt — Wachstumschancen und Wachstumsprobleme der Textilindustrie in der Welt. Internationales Textilwirtschaftliches Symposium. Göttingen 1969. Vandenhoeck & Ruprecht. 118 S.

Dieses Sonderheft der Zeitschrift für Allgemeine und Textile Marktwirtschaft umfaßt Referate und Diskussionen, die anlässlich des Internationalen Textilwirtschaftlichen Symposiums in Münster (Westfalen) vom 27. 9. 1968 gehalten wurden. Erwähnenswert sind vor allem die Bei-

träge von H. Hesse, J. Tinbergen, L. H. Dupriez, S. P. Burley und S. Tanaka nebst sonstigen Diskussionsbeiträgen.

Das Hauptthema war folgendermaßen untergliedert: „1. Die Meßbarkeit des technischen Fortschritts; 2. Technischer Fortschritt und internationaler Wettbewerb in ihrer Bedeutung für die Textilindustrie; 3. Die Realisierung des technischen Fortschritts als Problem der Unternehmensstruktur; 4. Die Realisierung des technischen Fortschritts als Problem der Nachfragestruktur; 5. Technischer Fortschritt und Strukturverbesserung in der (japanischen) Textilindustrie.“

Das erste Referat über „die Meßbarkeit des technischen Fortschritts“ wurde von H. Hesse, Göttingen, gehalten. Der Referent betont die Bedeutung der Messung des technischen Fortschritts in der Wirtschaft zur Feststellung der Arten und Einflußstärken der verschiedenen Kausalfaktoren des Wirtschaftswachstums. Daneben darf aber nicht vergessen werden, daß die Ergebnisse solcher Messungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik „Orientierungsmaßstäbe“ geben können, um gesicherte Entscheidungen für eine einzuschlagende Wachstums- und Wohlstandspolitik zu gewinnen.

Die Erörterung von ökonomischen und statistischen Fragen steht deshalb zunächst im Vordergrund seiner Analyse. Jedoch macht Hesse anfangs sofort eine Einschränkung; nämlich, daß die eine Variante des technischen Fortschritts, *die neuen Produkte*, „noch nicht explizit als meßbare Variable“ erfaßt und die Qualitätsunterschiede exakt in Quantitätsunterschiede umgewandelt werden können. — Dieser Aussage müssen wir leider zustimmen. Zwar gibt es Arbeiten von E. v. Hofsten, von F. de Leeuw und vor allem von Zvi Griliches über die Automobilindustrie, die sich mit der Quantifizierung von Qualitätsänderungen ernsthaft befassen. Solche Versuche können nur für eng begrenzte Produktionszweige unternommen werden, deren Endprodukte nicht zu heterogen sind. Dazu ist auch die betrachtete Zeitperiode nicht allzulänglich, also nur mittelfristig, anzusetzen. Die Maßstabfunktion für die Qualitätsveränderungen der Produkte wird eine gemischte sein, d. h. ordinale und kardinale Maße sind miteinander verknüpft.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen referiert Hesse über die Messungsmöglichkeiten der zweiten Variante des technischen Fortschritts, *der Anwendung neuer Produktionsverfahren*. Er behandelt zuerst den Kendrick-Ansatz der globalen Mengenproduktivität (Realkostenindex). Richtig stellt Hesse die Handlichkeit dieser „grobennäherungsformel“ (s. S. 14) heraus und weist exakt auch auf die allzu vereinfachenden vier Voraussetzungen dieses Indexes hin: Lineare Homogenität, Hicks-Neutralität, vollkommene Substituierbarkeit der Produktionsfaktoren und Substitutionselastizität von unendlich.

Auf Grund dieser Kritik befürwortet der Referent die Verwendung von expliziten Produktionsfunktionen zur Fortschrittmessung. Zunächst stellt er die altbekannte, mit der Trendvariablen erweiterten Cobb-Douglas-Funktion vor.

Den Leser interessieren dabei besonders die errechneten Werte für den Residualfaktor w_F in der Textilindustrie der Bundesrepublik von 1950—1965. Das Ergebnis ist (in Prozenten ausgedrückt): 88,5 % Beitrag des Residualfaktors, 29,1 % Beitrag des Realkapitals und – 17,6 % Beitrag der Arbeit.

Damit ist die Fortschrittsrate in der Textilindustrie höher als diejenige der verarbeitenden Industrie für denselben Zeitraum (5,35 % : 4,88 %); obwohl das Verhältnis der Gesamtwachstumsraten für beide Produktionsbereiche sich gerade in umgekehrter Weise entwickelte (6,05 % : 9,07 %).

Kritisch bemerkt Hesse, daß diese Cobb-Douglas-Funktion insofern grobe Annäherungswerte liefert, als mit durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten und mit durchschnittlichen (konstanten) Produktionselastizitäten gearbeitet wird.

Um von einer der allzu vereinfachenden Voraussetzungen der Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, der Substitutionselastizität von $|1|$, abzukommen, wird die ursprüngliche CES-Produktionsfunktion als Meßvariante vorgeschlagen. Mit dieser Funktion werden ebenfalls Werte für die Textilindustrie der Bundesrepublik von 1950—1965 ausgerechnet. Hierbei ergab sich eine durchschnittliche (Hicks-neutrale) Fortschrittsrate von 6,2 % p. a. und eine niedrige Substitutionselastizität (σ) von 0,598.

Für den Rezensenten stellt sich dabei die grundlegende Frage: Ist dieser niedrige Wert der historischen σ eher der Ausdruck von Starrheiten der Angebotselastizitäten der Inputfaktoren und/oder noch mehr der Starrheit der Nachfrageelastizität für Endprodukte der Textilindustrie?

Als nächste Meßvariante zur Erfassung des technischen Fortschritts und seiner nicht-neutralen Effekte wird das Konzept des autonomen *faktormultiplikativen* technischen Fortschritts dargestellt. Mittels dieses Konzepts der unterschiedlichen Quasi-Vervielfachung der Faktoreinsatzmengen von Arbeit und Realkapital läßt sich der *aneutrale* technische Fortschritt (biased efficiency) schätzungsweise berechnen. Der Ansatz stammt bekanntlich von P. A. David und Th. van de Klundert. Als Ergebnis erzielt Hesse, daß die Quasivervielfachungsrate der Arbeit bedeutend höher ist als diejenige des Realkapitals (sogar negativ!) bei einem $\sigma < 1$, so daß der technische Fortschritt Hicks- und sogar Harrod-arbeitsparend war (s. S. 28).

Als letzte Messungsmethoden werden diejenigen des endogenen faktorgebundenen technischen Fortschritts im Sinne der Embodiment- und Vintage-Hypothese abgehandelt. Hier kann Hesse auf die Arbeiten von Solow, Denison und R. R. Nelson zurückgreifen. Dadurch kann die Homogenitätsvoraussetzung für die eingesetzten Produktionsfaktoren fallengelassen werden. Und zwar wird nur die Vintage-Variante des Realkapital-Input wiederum für die Textilindustrie durchgerechnet.

(Diejenige des Arbeitsinput im Sinne von *Denison* ist m. E. von allzuvielen reichlich willkürlichen Schätzungen abhängig.) Als Resultat ergibt sich, daß die durchschnittliche Steigerung der Qualität der neuen Kapitalgüter (λ) 14,88 % beträgt, bei einer Abnahme des Durchschnittsalters der neuen Investitionsgüter ($\lambda \Delta a$) von 0,24 Jahren. Beide Effekte zusammen ergeben wiederum die Fortschrittsrate von 5,35 %.

Mit diesem Referat hat Hesse in kurzgefaßter, leicht verständlicher Form die Resultate mehrjähriger Arbeit über ein schwieriges Forschungsgebiet überzeugend dargeboten.

Im zweiten Referat behandelt Jan *Tinbergen*, Den Haag, das Thema „Technischer Fortschritt und Internationaler Wettbewerb in ihrer Bedeutung für die Textilindustrie“. Er geht davon aus, daß wichtige Teile der Textilindustrien in den fortgeschrittenen Ländern in einer Verteidigungsstellung gegen die Lohnerhöhungen, die internationale Konkurrenz und gegen die Entwicklungsländer stehen. Dazu ist der Zollschutz relativ hoch; er beträgt etwa 13—14 % innerhalb der EWG. Trotzdem ist ein Prozeß im Gang, nachdem sich ein größerer Teil der Textilindustrie heute in den Entwicklungsländern befindet als früher. Soll dieser Prozeß zielbewußt weiter gefördert werden? Das ist die Frage von Tinbergen.

Entsprechend dem Heckscher-Ohlin-Theorem bejaht er diese Frage. Aus dieser Einstellung heraus stellt er eine Art von Vier-Punkte-Programm auf: 1. Verlagerung von bestimmten Produktionsprozessen der Bekleidungsindustrie zu den Zentren mit großem Arbeitskräfte-Angebot (Puerto Rico, Hongkong, Türkei, Indien, Pakistan). 2. Ausbau der Forschung nach Ersatz für Kapital durch Arbeit — nicht umgekehrt, bei dem raschen Wachstum des Arbeitskräfte-Potentials auf der gesamten Welt. 3. Das Beschäftigungsproblem (genauer gesagt: die Frage der Arbeitslosigkeit) in den reichen Ländern ist *nicht* „ein großes Problem“ in den hochentwickelten Volkswirtschaften. 4. Empirische Forschung über die allgemeinen Prinzipien der internationalen Arbeitsteilung bei unterschiedlicher Faktorausstattung.

In der anschließenden Diskussion zum Vortrage Tinbergens kam u. a. zur Sprache, daß als Schlußfolgerung seiner Ausführungen eine „ganz massive weltweite Planung“ das Richtige sei. Komparative Kostenvorteile sind aber nur dann weltwirtschaftlich relevant, wenn sie langfristig einigermaßen stabil sind.

Es wurde auch auf das Leontief-Paradoxon in Bezug auf die USA hingewiesen, das auf den unterschiedlich relativen Produktivitätsdifferenzen beruht und dem Heckscher-Ohlin-Theorem entgegensteht. Dazu bemerkt aber Tinbergen zu Recht, daß das Hilfsbedürfnis der Entwicklungsländer gerade darin besteht, daß sie zu wenig Möglichkeiten besitzen, um spezifisch internationale Güter zu produzieren.

Drei weitere Referate von L. H. *Dupriez*, Louvain, über „Die Realisierung des technischen Fortschritts als Problem der Unternehmensstruktur“, und von P. S. *Burley*, Rotterdam, über „Die Realisierung

des technischen Fortschritts als Problem der Nachfragestruktur“, von S. Tanaka über „Technischer Fortschritt und Strukturverbesserung in der japanischen Textilindustrie“ runden die Vortragsreihe ab.

Schließlich bleibt das Verdienst des Doyen der Münsteraner Nationalökonomien, Walther G. Hoffmann, zu erwähnen, der durch die Organisation dieses Symposiums und durch die Herausgabe dieses Sonderheftes einen weiteren Anstoß für die jüngere Forschungsgeneration gegeben hat, den Kausalfaktor technischer Fortschritt ökonomisch besser in den Griff zu bekommen. Dabei darf aber nicht die arbeits- und sozialpolitische Seite des Problems vernachlässigt werden.

Begrüßenswert wäre außerdem, wenn die beiden ausgezeichneten und anregenden Referate von J. Tinbergen und H. Hesse in überarbeiteter und erweiterter Form publiziert würden; dann könnten auch einige kleinere Druckfehler in den Gleichungen eliminiert werden.

Florian H. Fleck, Fribourg

Wolfram Mieth: Ein Beitrag zur Theorie der Lohnstruktur. Göttingen 1967. Otto Schwartz & Co. X, 217 S.

Mieth unterscheidet in seiner Arbeit zwischen einem theoretischen Begriff der Lohnstruktur und einem statistischen. Der erste orientiert sich an der Gleichgewichtsidee. „Das lohnstrukturelle Gleichgewicht ist das Resultat einer Anpassung von Angebot und Nachfrage“ (S. 115). Der statistische Begriff der Lohnstruktur ist, falls die Arbeitsstunde den gemeinsamen Nenner darstellt, „das System der relativen Stundenlohnratens für verschiedene Arbeiten, verschieden in branchenmäßiger, beruflicher, räumlicher Hinsicht und dergl.“ (S. 114). In einem großen Teil seiner Ausführungen verwendet der Autor Vereinfachungen, die für beide Begriffe zu gleichartigen Folgerungen führen. Sind diese Vereinfachungen nicht gegeben, so gelten seine Ergebnisse nur für den theoretischen Begriff der Lohnstruktur.

Die ersten vier Kapitel des Buches dienen der Bestimmung der Grundelemente dieser Lohnstruktur vom Ökonomischen her. Der Verfasser bezeichnet das Ergebnis als ein marktgesteuertes lohnstrukturelles Gleichgewicht. Ihm tritt im 5. Kapitel ein „institutionell oder politisch bedingtes Gleichgewichtssystem der Lohnstruktur gegenüber.“ Ein letztes 6. Kapitel versucht, aus den Spannungen im Lohngefüge wichtige Gründe für allgemeine Lohnsteigerungen abzuleiten.

Sehr positiv sind in diesem Rahmen die ersten vier Kapitel zu sehen. In ihnen kommt Mieth, ausgehend von Alfred Marshall, zu vertieften Einsichten in die theoretische Lohnstruktur und ihre Bestimmungsgründe, wobei eine eingehende Untersuchung der Nachfrage nach Arbeit und des Angebots von Arbeit im Vordergrund steht.

Etwas schwächer erscheinen dagegen die beiden übrigen Kapitel. Zwar ist dem Verfasser kein Vorwurf daraus zu machen, daß seine Behandlung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände wenig von tieferen Kenntnissen über die tatsächliche Aushandlung der Löhne zwi-

schen den Sozialpartnern in Deutschland gekennzeichnet ist. Mit Recht wird von den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern unseres Landes immer wieder — zuletzt noch auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik 1968 in Berlin — geklagt, daß sich die Sozialpartner im Gegensatz zu den USA mit einem völlig undurchdringlichen Schleier bei ihren Lohnverhandlungen umgeben und Außenstehenden keinen Zutritt gewähren. Anders steht es etwa bei der Behandlung des Großbetriebes und des Staates in ihrem Einfluß auf die Lohnstruktur. Es gibt — und gab auch schon bei Abschluß der Untersuchungen im Sommer 1964 — eine Reihe von Veröffentlichungen, aus denen zu deutlich der nivellierende Einfluß innerhalb der Lohnstruktur des Großbetriebes, vor allem aber des öffentlichen Dienstes, abzulesen ist, als daß diese hätte übergangen werden dürfen. Zwar betreffen diese — da sie auf statistisches Material gestützt sind, notwendigerweise — den statistischen Begriff der Lohnstruktur. Jedoch dürfte bei der langen Frist, für die diese Beobachtungen vorliegen, eine Diskrepanz der Art sehr unwahrscheinlich sein, daß die theoretische Lohnstruktur davon völlig unberührt geblieben wäre. Sollte es wirklich anders sein, so müßte man sich ernsthaft fragen, was der vom Verfasser geprägte Begriff der theoretischen Lohnstruktur an Aussagefähigkeit hinsichtlich der wirklichen Entwicklung enthält.

Das Buch hat seine großen Vorzüge in seinen theoretischen Teilen und stellt hier einen wirklichen wissenschaftlichen Fortschritt dar.

J. Heinz Müller, Freiburg i. Br.

Thomas Marschak, Thomas K. Glennan jr. und Robert Summers: Strategy for R & D: Studies in the Micro-economics of Development. Berlin 1967. Springer-Verlag. 328 S.

Dieser Band, ein Forschungsbericht der RAND-Corporation, enthält in fünf Abschnitten Beiträge der drei Autoren, von denen drei von Marschak und je einer von Glennan und Summers stammen. Der Titel gibt hinreichend Auskunft über das, worum es geht: um die Analyse von Strategien auf dem Gebiet von Research & Development — mit Forschung und Entwicklung nicht ganz zutreffend übersetzt — auf mikroökonomischer Basis. In einem einleitenden Kapitel gibt *Marschak* einen Überblick über die folgenden Abschnitte, deren Schwergewicht bei der „Entwicklung“ liegt, die als Gewinnung neuer Erkenntnisse zu verstehen ist, die zusammen mit dem schon existierenden Wissen die Erstellung neuer und nützlicher Produkte erlauben. Es folgt ein Versuch, „R & D“ in Verbindung zu bringen mit umfassenderen Bereichen der ökonomischen Analyse, mit dem Management von staatsfinanzierter „R & D“, mit der Allokation von Ressourcen für die „R & D“ auf Märkten und mit technischem Fortschritt und Wirtschaftswachstum.

Glennan behandelt allgemeine Fragen der Entwicklungsstrategie, Fragen der Ungewißheit, der Gewinnung neuer Erkenntnisse, der In-

terdependenz von Teilsystemen der Entwicklung, den Auswirkungen knapper Ressourcen und zeitlicher Beschränkungen auf die Entwicklungsstrategien und schließlich noch externe Ungewißheiten. Dieser Abschnitt ist im wesentlichen deskriptiv, es werden Komponenten und Probleme einer Entwicklung beschrieben, auf konkrete Beispiele wird nur beiläufig bezug genommen.

Das darauf folgende Kapitel von *Marschak* ist dagegen ganz der Wechselwirkung zwischen konkreten Entwicklungsproblemen und der Analyse der „R & D“ gewidmet. Verschiedene militärische Projekte (Flugzeugradar, -antriebe, Jäger, Strategische Bomber und die Sidewinder-Rakete) werden vor allem in Hinblick auf die Hypothese untersucht, ob wesentliche Unsicherheiten zumindest auf den ersten Stufen eines umfangreichen Entwicklungsprogramms unvermeidlich sind. Dagegen soll noch geklärt werden, wie sich frühe Festlegungen im Laufe eines Entwicklungsprogramms auswirken.

Der Beitrag von *Summers* stellt einen Versuch dar, mit Hilfe einer statistischen Untersuchung Aussagen darüber zu machen, wie unzuverlässig Kostenschätzungen bei militärischen Entwicklungsprojekten sind und in welche Richtung diese Unzuverlässigkeit geht. Die Relevanz des Problems liegt auf der Hand, und der Lösungsversuch von *Summers* scheint recht wirkungsvoll zu sein. Er bestimmt die Schätzwerte und die tatsächlichen Kosten und versucht, die Unterschiede verschiedenen Faktoren zuzurechnen. Mit Hilfe eines Modells der multiplen Regression entwickelt er dann eine Formel zur Bestimmung der Verzerrung selbst.

Der letzte, längste und wichtigste Beitrag stammt wieder von *Marschak*; er stellt den Versuch dar, eine normative Theorie der Entwicklung zu formulieren. Ausgangspunkt ist ein (vergleichsweise) einfaches Modell, der ausführlich erörterte „pure parallel approach“ zur Entwicklung eines „Objekts“, bei dem eine Reihe von (intensitätsmäßig nicht variierbaren) „Verfahren“ (approaches) zur Verfügung stehen, die ihrerseits durch einen bestimmten Zeit- und Geldbedarf gekennzeichnet sind. Eine Anzahl von „review points“ erlaubt eine Entscheidung über die Weiterführung eines oder mehrerer Verfahren. Weitere Komponenten des Modells gestatten dann die Aufstellung einiger Theoreme und die Ermittlung einer optimalen Entwicklungspolitik. Ein kurzer, aber sehr interessanter Abschnitt über Organisationsprobleme schließt die Erörterung der normativen Entwicklungstheorie ab.

Man wird kaum erwarten können, daß es gelingen könnte, auf einem bisher so sehr projektbezogenen Gebiet wie der Entwicklungstheorie eine ausgereifte normative Theorie zu installieren. *Marschak* selbst ist der erste, der auf die offenen Fragen und Inkompatibilitäten und die (in Hinblick auf die Realität) wenig plausiblen Annahmen hinweist. Man wird bei einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten aber auch nicht umhin können, *Marschak* für seinen Versuch hohe Anerkennung zu zollen. Seine ständige kritische Reflexion läßt ihn dar-

über hinaus die schwachen Stellen deutlich erkennen, und es bedeutet beim gegenwärtigen Stand der Theorie der „R & D“ schon sehr viel, die richtigen Fragen klar zu stellen.

Die Herausgeber haben mit diesem Forschungsbericht eine glückliche Hand bewiesen und die Literatur um einen insgesamt gut gelungenen aktuellen Beitrag zu einem aktuellen Thema bereichert.

Werner Meißner, Darmstadt

Bernhard Laum: Viehgeld und Viehkapital in den asiatisch-afrikanischen Hirtenkulturen. Tübingen 1965. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 60 S.

Die Schrift ist, wie Laum im Vorwort schreibt, angeregt worden durch eine Diskussion über sakrales Geld, Viehbußen und Viehwährung, die anlässlich eines Habilitationsverfahrens zwischen Mitgliedern der Marburger Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät im Sommersemester 1964 geführt wurde. Zwei vom Verfasser angeregte Dissertationen beschäftigen sich mit einschlägigen Problemen und werden mehrfach herangezogen.

Abgesehen von Einleitung und Schluß wird der Stoff in sechs Abschnitten behandelt; vier kürzere Abschnitte werden vorausgeschickt: Hirtentum und Hirtenvölker; Vieherwerb und Vieheigentum; Vieh als Nutztier und Kultobjekt; Viehreichtum und Sozialordnung. In den Abschnitten 5 und 6 wird das eigentliche Thema „Vieh als Geld“ und „Vieh als Kapital“ behandelt. Der Autor glaubt, die Kenntnis über das frühgeschichtliche Viehgeld der antiken Kulturvölker durch Parallelen aus dem Leben der Hirtenvölker vertiefen und abrunden zu können. Ist das aber wirklich möglich? Aus der Tatsache, daß bei einigen Völkern der Begriff Vieh und der Begriff Geld sprachlich in Zusammenhang stehen, wird geschlossen, daß das Geld seinen Ursprung bei Viehzüchtern, aber nicht im Viehhandel gehabt habe. Der Ursprung des Geldes sei selbst bei den handeltreibenden Hirtenvölkern nicht im kommerziellen, sondern im sozialen Bereich zu suchen. Vieheigentum war maßgebend für das gesellschaftliche Ansehen. Es diente zur Lösung von Verbindlichkeiten (so als Lohn für Leistungen), als Ausgleich zwischen zwei Geschenkpartnern, als Ersatz für verursachte Körperverletzung und als Wehrgeld. Bei den Hirtenvölkern Afrikas und Asiens fehlt nach Laum ein externes Zahlungsmittel; internes Zahlungsmittel ist ausschließlich das Rind. Der Brautkauf sei weiter nichts als ein einfacher Tauschakt, Braut gegen Vieh.

Auch das Kapital hat nach Laum seine Wurzeln in der Welt der Haustiere. Mit Hilfe der Ethymologie will er das auch für den Zins nachweisen. Kann man aber eine Zugabe, die ein Entleiher von Gütern bei ihrer Rückgabe dem Verleiher freiwillig gewährt, als Ursprung des Zinses bezeichnen? Die Viehleihe ist, wie es auf S. 59 heißt, eine Nothilfe und eine Entwicklungshilfe zugleich. Ist es aber vertretbar, eine Parallele zur modernen Entwicklungshilfe zu ziehen, wie Laum

es tut? Das erscheint mir doch etwas sehr an den Haaren herbeigezogen. Übrigens leben die Hereros nicht am Tanganjikasee, sondern in Südwestafrika. Die kleine Schrift enthält nicht viel Neues, und manche Ausführungen sind nicht unbestritten.

Bruno Schultz, Berlin

Heinz Müller: Die Politik der deutschen Zentralbank 1948—1967. Eine Analyse ihrer Ziele und Mittel. Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). V, 99 S.

Der Verfasser untersucht Ziele, Instrumente und Wirksamkeit der Politik der westdeutschen Zentralbank. Er unterscheidet zwischen „längerfristiger“ und „kurzfristiger“ Zentralbankpolitik: Als „längerfristig“ gelten die Maßnahmen, die den *Umfang* der freien Liquidität im Bankensektor beeinflussen; als „kurzfristig“ gelten die Maßnahmen, die die *Form* der Liquiditätsdisposition (Offenmarktgeschäfte, Refinanzierungskredite, kurzfristige Auslandsanlagen) beeinflussen (S. 1, 21, 26).

Als Ziele der „längerfristigen“ Politik standen wechselnd Zahlungsbilanzausgleich, Preisstabilität und — vergleichsweise selten — Vollbeschäftigung im Vordergrund. Ein Wechsel der Zentralbankpolitik wurde offenbar dann vorgenommen, wenn ein Ziel als erreicht galt oder wenn eine erhebliche Beeinträchtigung eines konkurrierenden Zieles eintrat. Das letztgenannte erklärt z. B. die Wendung zu einer zahlungsbilanzorientierten Politik Ende 1960, obgleich die angestrebte Preisstabilisierung keineswegs erreicht war. Die Motive, die bei konkurrierenden Zielen schließlich die Politik bestimmen, werden nicht näher untersucht; vermutlich fehlt es dazu auch noch an Quellen. Als Ziele der „kurzfristigen“ Politik werden der Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Geldmarkt, die Zinsregulierung am Geldmarkt sowie die Beeinflussung der kurzfristigen Auslandsanlagen des Bankensystems genannt. Es sind also gegenüber der „längerfristigen“ Politik hier eindeutig Ziele minderer Rangordnung — sofern man überhaupt von „Zielen“ sprechen will, da z. B. Ekhard *Brehmer* im Gegensatz zum Verfasser annimmt, daß der „Einsatz der kreditpolitischen Instrumente niemals auf die Beeinflussung des Geldmarktes als Endzweck gerichtet ist“ (Struktur und Funktionsweise des Geldmarktes in der Bundesrepublik Deutschland seit 1948. Tübingen 1964. S. 161).

Die bekannten Instrumente der Zentralbankpolitik teilt der Verfasser entsprechend seiner grundsätzlichen Unterscheidung auf: Instrumente der „kurzfristigen“ Politik sind die Offenmarktpolitik mit Geldmarktmitteln, die Swap-Politik sowie die Diskont- und Darlehenspolitik; letztere ist zugleich Instrument der „längerfristigen“ Politik, zu der außerdem die Offenmarktpolitik mit Kapitalmarktitteln (Ende 1967), die Mindestreservenpolitik und „sonstige Maßnahmen“ (z. B. Einlagenpolitik) gehören. „Fristigkeit“ der Zentralbankpolitik in der Terminologie des Verfassers deckt sich hier also etwa mit der „Fri-

stigkeit“ eines Instrumentes im üblichen Sprachgebrauch (vgl. S. 25, Anm. 2). Die Untersuchung zeigt deutlich, daß der Zentralbank die „Instrumente“ nicht einfach vorgegeben sind, sondern daß sie sich diese u. U. bei Bedarf schafft — so wurde insbesondere das Instrument der Offenmarktpolitik erheblich ausgebaut. Das Zusammenwirken der verschiedenen Instrumente ist bei der vom Verfasser gewählten Art der Darstellung weniger gut zu erkennen.

Die Überprüfung der Wirksamkeit der Notenbankpolitik ist sicher der schwierigste Teil der Untersuchung, da diese Frage auch in ihren theoretischen Aspekten noch in der Diskussion ist (z. B. Ernst *Dürr*: Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik. Frankf. 1966). Als „strategische Variable“ sieht der Verfasser in bezug auf binnenwirtschaftliche Ziele die Geldmenge, in bezug auf außenwirtschaftliche Ziele Geldmenge und Zins an; im Unterschied zu *Dürr* (a.a.O., S. 30 ff.) wird die „Liquidität der Wirtschaft“ nicht als besondere Variable neben der Geldmenge eingeführt. Die Verbindung zwischen den Zentralbankmaßnahmen und der wirtschaftlichen Entwicklung stellt der Verfasser durch eingehende Beschreibung der Situation her. Die Ergebnisse sind plausibel, wenn sie auch im strengen Sinne keinen Beweis darstellen, da es neben der Zentralbankpolitik stets andere Einflußgrößen gibt, die man nur in einer quantitativen Analyse trennen könnte (z. B. Winfried *Vogt*: Makroökonomische Bestimmungsgründe des wirtschaftlichen Wachstums in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1960. Tübingen 1964; insbes. S. 20, S. 41 ff., S. 194 ff.).

Methodisch ist zu kritisieren, daß der Verfasser als Quelle nahezu ausschließlich Material der Bank deutscher Länder bzw. Bundesbank benutzt, was nicht recht angeht, wenn man die Auswirkung deren Politik kritisch darstellen will. Das Ergebnis: Die Zentralbank konnte „Richtung und Umfang des Kapitalverkehrs wirksam steuern“, und zwar „mit einer verhältnismäßig geringen zeitlichen Verzögerung“ (S. 89). Hingegen ist die Zentralbankpolitik ein ungeeignetes Instrument zur Regulierung der effektiven Nachfrage, da sich die Wirkung weder in ihrem Umfang noch in ihrer zeitlichen Verzögerung (der Verfasser errechnet operational lags zwischen 6 Monaten und 1 Jahr) im voraus schätzen läßt. Der Verfasser plädiert für einen kombinierten Einsatz von Geld- und Fiskalpolitik, wobei die erste auf das „externe Gleichgewicht“, die zweite auf binnenwirtschaftliche Ziele ausgerichtet sein soll (S. 89 f.).

Hervorzuheben ist in erster Linie der Nutzen des Buches als Orientierungshilfe: Es informiert schnell und für den „normalen“ Benutzer ausreichend über die Maßnahmen der Bank deutscher Länder bzw. der Bundesbank und ihre vermutlichen Wirkungen; es erscheint daher insbesondere als empirische Ergänzung der Lehrbuchliteratur geeignet. Die Übersichtlichkeit wird durch die m. E. unzweckmäßige Unterscheidung von „kurzfristiger“ und „längerfristiger“ Zentralbankpolitik etwas gemindert. Zwei Details, die in der Darstellung der Bankenliquidität (S. 2 ff.) auffallen: Der Verfasser setzt statistisch Änderung der Zen-

tralbankguthaben mit der Änderung des Mindestreservesolls gleich, mit der Begründung, daß die Überschußreserven selten 5 % des Mindestreservesolls überschreiten (S. 3, Anm. 2). Das gilt für die Bestände, die Änderungen können aber so beträchtlich differieren, daß die jährliche Änderung der „frei verfügbaren Mittel“ (Liquidität ./ Mindestereservebindung) falsch errechnet wird (1954 z. B. 288 Mill. statt in Wirklichkeit 589 Mill. DM). Auf S. 3 wird behauptet, daß die Banken kurzfristig keinen Einfluß darauf haben, ob ihnen Liquidität zugeführt oder entzogen wird; in Wirklichkeit wird der „Zahlungsbilanzeinfluß“ (Pkt. I/3 in Tab. 1) von den Banken mitbestimmt: Wenn sie z. B. langfristige in kurzfristige Auslandsanlagen tauschen, haben sie einen Liquiditätszuwachs (Gegenbuchung Pkt. IV/II der Tab. 1).

Gerd Hardach, Regensburg

Wolfgang Graebner: Direkte Kontrollen als Mittel der Geldpolitik.
Köln und Opladen 1966. Westdeutscher Verlag. 86 S.

Die kurze Abhandlung erscheint in einem anspruchsvollen Gewand, geschmückt mit einem umfangreichen und dennoch unvollständigen Literaturverzeichnis, in dem bedeutende Namen wie Albert *Hahn*, E. *Dürr*, J. M. *Clark*, Otto *Hintner*, Emil *Küng* fehlen, sei es überhaupt, sei es mit wichtigen einschlägigen Veröffentlichungen, während die amtliche Literatur der Ministerialbürokratie und der Bundesbank einigermaßen vollständig herangezogen ist. Die Wirtschaftsberichte der westdeutschen Großbanken, des Raiffeisenverbandes, der Sparkassen und ihrer Organisationen sind jedoch weder erwähnt noch ausgewertet.

Der Verfasser unterscheidet zwar an verschiedenen Stellen den Investitionskredit und den Konsumentenkredit (S. 11 f.), widmet aber dieser Unterscheidung keine grundlegende Beachtung. Gleiches gilt für die Unterscheidung von Unternehmungen und Haushalten (S. 11 f., 21 f.). Die Besonderheiten der einzelwirtschaftlichen Liquidität gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Liquidität werden nicht herausgearbeitet. Hier fehlt die ganze betriebswirtschaftliche Literatur, insbesondere die Behandlung der einzelwirtschaftlichen Liquidität bei R. *Fischer* (1906), W. *Rieger* (1928), E. *Walb* (1926) und der Rieger-Schüler seit 1950 und deren Schülerarbeiten (H. G. *Merkel*, K. *Thomas*, R. *Nowak*) neben den einschlägigen Veröffentlichungen zum Liquiditätsproblem von W. *Braun* (1934), A. *Strobel* (1953), J. *Fettel* nach 1950, O. *Hintner* in der Rieger-Festschrift 1963, M. *Scheytt* (1962).

Vom System ist in der Arbeit viel die Rede (Bankensystem S. 12, System der zukunfts- und damit zeitraumbezogenen finanziellen Disposition S. 14), ohne daß jedoch der Begriff des Systems generell oder speziell geklärt wäre. Die Trennung zwischen Bareinkommen und Kreditverfügung, wie sie der Verfasser vornimmt, wirkt künstlich, die Unterscheidung von potentieller und aktueller Liquidität (S. 12) ist nicht uneingeschränkt haltbar, die „Liquiditätstheorie des Geldes“ (S. 9) trifft nur eine Seite des Geldes, aber nicht die wichtigste und schon gar nicht das Wesen des Geldes.

In den Unterscheidungen der wichtigsten Phasen der Kreditkontrolle (Liquiditätsreserven, Kreditangebot, Kreditbedingungen usw.) bietet die Arbeit neuartige Aspekte und tragfähige Ansätze. Dabei bleibt allerdings die Frage der Kreditverwendung außer Betracht. Zu den tragfähigen Ansätzen gehört der Komplex der „geldnahen Anlagen“ (S. 12 f.) wie er bereits bei R. Fischer, W. Rieger vorliegt und seitdem nicht aus der Diskussion verschwunden ist.

Die Arbeit täuscht Objektivität und Eleganz vor, gleitet aber über den eigentlichen Kern der Probleme hinweg.

Hanns Linhardt, Nürnberg

Z. Y. Hershlag: Turkey, The Challenge of Growth. Second, completely revised edition of: Turkey, an Economy in Transition. Leiden 1968. E. J. Brill. XVII, 406 S.

Unter der Fülle der Bücher über Wachstumsprobleme der Entwicklungsländer im allgemeinen und der Türkei im besonderen gehört das vorliegende Buch zu den besonders aussagekräftigen. Dies wurde durch drei Tatbestände erreicht, deren Zusammentreffen wohl selten sein dürfte:

Erstens kennt der Verfasser das Land, über das er schreibt, nicht nur aus einer Blitzreise von einigen Wochen oder einigen Monaten. Er hat Jahre in der Türkei verbracht, und dies in einer so wichtigen Position als Hochschullehrer und Berater, daß er ständig Gelegenheit hatte, seine Ansichten mit türkischen Wissenschaftlern und hohen und höchsten Politikern sowie auch mit Fachleuten ausländischer Botschaften und mit Männern aus dem Stabe der in der Türkei tätigen internationalen Gremien zu diskutieren.

Zweitens enthält dieses Buch im Rahmen einer ungewöhnlich reichhaltigen Bibliographie nicht nur Publikationen in englischer, französischer und deutscher Sprache, sondern vor allem auch eine sehr große Anzahl von Studien in türkischer Sprache. Nicht alle diese Werke sind gedruckte Bücher, eine ganze Anzahl von ihnen sind im Manuskript vervielfältigte und zum Teil nur einem begrenzten Kreis zugängliche Studien. Die Art und Weise, wie die türkischsprachigen Werke und Dokumente zitiert sind, läßt darauf schließen, daß der Verfasser eine gute Kenntnis der türkischen Sprache besitzt.

Drittens ist das vorliegende Buch die zweite Auflage eines Werkes, das der Verfasser unter dem Titel „Turkey, an economy in Transition“ vor mehr als zehn Jahren abgeschlossen hatte.

Hershlag hatte also Gelegenheit, fast zehn Jahre den Weiterverlauf der Entwicklung in der Türkei zu verfolgen und dabei auch die Richtigkeit oder Unrichtigkeit seiner damaligen Aussagen oder Voraussagen zu kontrollieren. Infolgedessen hat diese zweite Auflage ein besonders aussagekräftiges Urteil über das Problem des ökonomischen Wachstums in der Türkei darzubieten.

Die ersten Kapitel geben einen Abriß der politischen und insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei in den Jahrzehnten nach dem Ersten Weltkrieg, wobei in einem Kapitel die Entwicklung in den zwanziger Jahren, in einem weiteren Kapitel die Entwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg und in einem dritten Kapitel die Entwicklung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt wird. Zu dieser Zeiteinteilung der ersten Auflage ist inzwischen ein weiteres besonders aufschlußreiches Kapitel über die Chancen des Wachstums in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts hinzugekommen.

Wieweit hat nun der Verfasser die Notwendigkeit gesehen, seine Beurteilung der türkischen Wirtschaftsentwicklung gegenüber der ersten Auflage zu modifizieren? An den drei entscheidenden Punkten, nämlich der Bedeutung der Landwirtschaft für die Entwicklungsmöglichkeiten der türkischen Wirtschaft, der Bedeutung des Erziehungs- und Bildungswesens für den ökonomischen Fortschritt und der Notwendigkeit einer vorausschauenden Planung, hatte er seiner früheren Analyse kaum etwas hinzufügen. Das Kapitel über die Wirtschaftspolitik hatte er in der ersten Auflage mit der Feststellung geschlossen: „Die wirkliche Aufgabe des wirtschaftlichen Regimes in der Türkei liegt keineswegs, wie es oft in offiziellen Kreisen behauptet wird, in der Alternative zwischen Liberalismus und Planung. . . Die wirkliche Entscheidung liegt zwischen Interventionismus und liberaler, aber wirksamer Planung, und es gibt keinen Weg, diesem Dilemma zu entgehen“ (1. Aufl. S. 276 f.). In dem Jahrzehnt, das seit der ersten Auflage vergangen ist, hat die Türkei den Weg zu einer „liberalen aber wirksamen Planung“ gefunden. Sie hat einen ersten Fünfjahresplan abgeschlossen und den zweiten in Angriff genommen, und sie hat das Glück gehabt, bei diesen Planungen von einem ganz besonders erfahrenen westlichen Wissenschaftler, nämlich Jan Tinbergen, und seinen Mitarbeitern beraten zu werden. Die zweite Auflage zeigt infolgedessen vor allem, welche Erfolge dabei erzielt worden sind und welche noch ausstehen.

Zu den Problemen der Landwirtschaft war vielleicht in der ersten Auflage etwas zuviel Freude geäußert worden über die Ausdehnung der gepflügten Fläche in der Türkei und die damit erzielte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere der Getreideproduktion. Die sehr großen Bedenken, die sich durch die Umpflügung von marginalem Weideland ergeben, sind zwar angedeutet worden, aber erst in dem kurz vor dem Erscheinen der ersten Auflage veröffentlichten Bericht der FAO (Turkey. Country Report. [Food and Agriculture Organization of the United Nations. Mediterranean Development Project.] Rome 1959) sind sie in aller Schärfe herausgearbeitet worden. Die zweite Auflage nimmt nun diese für die Türkei höchst lebenswichtigen Warnungen in vollem Umfang zur Kenntnis ebenso die Feststellungen des FAO-Berichts über die Notwendigkeit einer „integralen“ Bewässerung. Es hatte in dieser Frage nicht sehr glückliche Formulierungen der Weltbank gegeben, die der Türkei ebenso

wie anderen Ländern, beispielsweise Spanien, die Einschränkung allzu anspruchsvoller und kostspieliger Bewässerungspläne empfehlen wollte. Die zweite Auflage des Hershlag-Buches zeigt mit aller Deutlichkeit, daß ein Land, dessen landwirtschaftliche Produktion in den überwiegenden Teilen des Landes durch ein kraß semiarides Klima ständig gefährdet wird, einen Ausgleich für diese Gefährdung nur in einer Ausdehnung der Bewässerungsfläche, vor allem aber im Übergang zur „integralen“ Bewässerung, d. h. Verteilung des Bewässerungswassers durch ein Netz von wasserdichten Kanälen und Kombination der Bewässerungseinrichtungen mit entsprechender Drainage und damit Beseitigung der Versalzungsgefahr erreichen kann.

Ein weiterer Gesichtspunkt, durch den sich das Türkeibild des Verfassers in der zweiten Auflage gegenüber der ersten weitgehend vervollständigt hat, ist das hochwichtige Gebiet der Ernährung der Pflanzen nicht nur mit dem bisher überwiegend verbrannten Stalldünger, sondern auch mit Handelsdünger. Hershlag zeigt in der neuen Auflage, daß sich der Einsatz der Türkei am wichtigsten Pflanzennährstoff, Stickstoff, in der Zeit von Anfang der fünfziger Jahre bis in die Mitte der sechziger Jahre verzehnfacht hat. Wäre das Buch zwei Jahre später erschienen, so würde es zeigen, daß der Stickstoffverbrauch sich inzwischen nochmals verdoppelt hat, so daß also die Empfehlung des FAO-Berichts einer Verzwanzigfachung des Einsatzes von Stickstoffdünger in dem kurzen Zeitraum von etwa fünfzehn Jahren verwirklicht worden ist.

Durch Vergleiche mit anderen Entwicklungsländern wird die Erkenntnis nahegebracht, daß Entwicklungsländer im Übergang vom „take-off“ zum „self-sustaining economic growth“ ihren Import insbesondere von Kapitalgütern und Rohstoffen gewaltig steigern müssen und daß ein Defizit der Handelsbilanz in einer solchen Periode geradezu unvermeidlich ist und infolgedessen aus anderen Quellen als aus dem Außenhandel gedeckt werden muß. Aber der Vergleich mit Entwicklungsländern, die diesen Schritt geschafft haben, und mit der Entwicklung ihres in Dollar gerechneten Je-Kopf-Imports hätte den Tatbestand der bisher unzureichenden Entwicklungshilfe an die Türkei noch stärker herausgearbeitet.

Immerhin ist einer der wichtigsten Faktoren auf diesem Gebiet, nämlich die Verbesserung der Zahlungsbilanz durch die Ersparnisse und Geldübertragungen der in den westeuropäischen Industrieländern tätigen türkischen Gastarbeiter wenigstens in der Steigerung der Zahl der Gastarbeiter von 12 083 im Jahre 1962 auf 165 546 im Jahre 1966 gezeigt worden (S. 330). Wenn die zweite Auflage des Buches ein Jahr später herausgekommen wäre, hätte der Verfasser einen geradezu dramatischen Tatbestand aufzeigen können, daß im Jahre 1968 der Geldtransfer türkischer Gastarbeiter aus ihren in Westeuropa und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland erzielten Ersparnissen mit etwa 120 Millionen Dollar einen größeren Betrag erreicht hat als der Gesamtbetrag der über das Konsortium „Aid for Turkey“ der

Türkei aus der westlichen Welt zugeführten Auslandshilfe, natürlich der Nettohilfe nach Abzug des Schuldendienstes.

Wir können unsere Betrachtungen mit der Feststellung schließen, daß es ungemein fruchtbar ist, wenn ein Autor mit einem hohen Ausmaß an Kenntnissen Gelegenheit hat, eine zweite Auflage seines Buches ein Jahrzehnt nach der Erstellung der ersten zu veröffentlichen. Wenn Hershlag die Gelegenheit hat, nochmals — und das braucht keineswegs nach einem Zeitraum von zehn Jahren zu erfolgen, sondern bereits ein Zeitraum von fünf Jahren würde ausreichend sein — in einer dritten Auflage seines Buches die Fortschritte des türkischen Wirtschaftswachstums in der Zeit von 1968 bis 1973 darzulegen, so wird sich ergeben, daß diese dritte Auflage nicht nur wie die vorliegende zweite ein Standardwerk für die Probleme des wirtschaftlichen Wachstums in der Türkei ist, sondern daß die Reihe von der ersten bis zur dritten Auflage für die grundsätzlichen Erkenntnisse der wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten aller Entwicklungsländer einen entscheidend wichtigen Beitrag geleistet hat. Fritz Baade, Kiel

Krishan Lal: Die Agrarpolitik Indiens; eine kritische Würdigung. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 99 S.

Wie bereits im 6. Heft des 86. Jahrgangs dieser Zeitschrift (1966) in der Besprechung der Schrift „Die Stellung von Landwirtschaft und Industrie im Wachstumsprozeß der Entwicklungsländer“ festzustellen war, ist in den Entwicklungsländern allgemein eine „Landreform als Instrument der Entwicklungspolitik im Sinne des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft“ notwendig und darf man auch „keineswegs eine Bodenreform im landläufigen Sinne als eine Patentlösung für die Agrarpolitik der Entwicklungsländer ansehen“ (a.a.O., S. 748). In der vorliegenden Schrift befaßt sich Krishan Lal, der gegenwärtig ökonomische Theorie an der Universität Saskatchewan in Kanada lehrt, ausgiebig und recht kritisch mit den Problemen der Bodenreformen im Entwicklungsland Indien, vor allem auch in historischer Sicht.

Der Verfasser geht bei seiner Untersuchung von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Indiens seit 1950 aus, deren „recht kleinen Erfolg“ (gemessen am Pro-Kopf-Einkommen) er hauptsächlich der Landwirtschaft zuschreibt, die „die Lebensquelle für 70 vH der Bevölkerung bildet und nicht nur verhältnismäßig zurückbleibt, sondern dadurch auch die industrielle Entwicklung des Landes gefährdet“ (S. 11 f.). Er verlangt in diesem Zusammenhang mit Recht: „Um die Industrialisierung in Gang setzen zu können, muß also die Landwirtschaft einen Überschuß herstellen“ (S. 12). Und zwar fordert er hierfür die Ablösung der „extensiven“ durch die „intensive“ Methode (S. 20), d. h. eine Steigerung der Pro-Kopf- und Pro-Hektar-Erträge. Nicht die Ausdehnung der Anbaufläche — sie würde in Indien sehr schwierig sein —, sondern die Steigerung der Produktivität pro

Bodeneinheit ist für den Verfasser „das zentrale Problem der indischen Landwirtschaft“ (S. 31). Mit diesem Problem ist nach seiner Meinung die Frage einer vernünftigen Bodenreform ganz eng verbunden, so daß er sich in den nächsten Kapiteln ganz ausführlich mit den indischen Bodenreformen (nach den Gesetzen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges) befaßt, deren wirtschaftliches Ziel eben die Steigerung der Produktion mittels einer Erhöhung der Hektarerträge und deren gesellschaftspolitisches Ziel eine „Verminderung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft“ sein soll (S. 34).

Seine Kritik der indischen Bodenreformen teilt er auf in eine „allgemeine Kritik“ (3. Kapitel) und eine „spezifische Kritik“ (4. Kapitel). Er tadelt dabei unverhohlen die „seltsame Handlungsweise der indischen Regierung“, weil sie „den Zweck der Bodenreformen (nämlich der Industrialisierung Indiens dienlich zu sein) weitgehend verfehlt“ (S. 37). Besondere Schwierigkeiten ergeben sich dabei auch aus der Knappheit des Bodens im Verhältnis zur Agrarbevölkerung (S. 43), woraus sich auch die sehr wichtige Frage der Größe neu zu errichtender Bauernhöfe ergibt. Als Endziel der indischen Bodenreformen wird die Einführung des „kooperativen Prinzips“ (S. 69) bezeichnet, wobei der Verfasser das Bauerntum als „das am wenigsten geeignete Bodensystem zur Lösung des landwirtschaftlichen Problems Indiens“ erklärt (S. 91). Insbesondere erklärt er sich gegen „die Errichtung des Großbauerntums“ (S. 88), weil es als privatwirtschaftliches System „im Widerspruch zum gemeinwirtschaftlichen System steht“, weil es auch die Zahl der landlosen Arbeiter erhöhen und damit die „bereits in hohem Maße bestehenden sozialen Spannungen“ verstärken würde. Sehr beachtlich bleibt dabei, daß der Verfasser zwar eine „echte Kooperation“ (S. 93) für die indische Landwirtschaft wünscht, aber eine „Kollektivierung“ (im Sinne des kommunistischen Systems) ablehnt.

Auch wenn man dem Verfasser nicht in allen Punkten zustimmt, ist doch hervorzuheben, daß seine Darstellung einen sehr wichtigen Beitrag zu dem heutigen Status der „Entwicklungsländer“ bedeutet.

Peter Quante, Kiel

Rudolf Franz: Schiffahrtsprotektionismus. Der Einfluß schiffahrtsprotektionistischer Maßnahmen auf die Preisbildung im Seeverkehr. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 288 S.

Eine Reihe von Wirtschaftszweigen erfreut sich seit langem eines mehr oder weniger starken Schutzes gezielter wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Hierzu zählt zweifellos auch die Seeschifffahrt, so daß es nahe lag, die zahlreichen Praktiken dieser Branchenpolitik zu sichten und kritisch zu analysieren. Diese Aufgabe hat sich der Verfasser mit der vorliegenden Veröffentlichung gestellt und auch in einer gut gegliederten und informativen Untersuchung ansprechend gelöst. Er hat es verstanden, die große Zahl von Eingriffen zugunsten der See-

schiffahrt übersichtlich zu ordnen, wobei er zwischen nachfrageorientierten und angebotsorientierten Maßnahmen unterscheidet. Für jede dieser beiden großen Gruppen bringt er eine „Systemanalyse“, der jeweils eine „Wirkungsanalyse“ folgt, in der der Einfluß des einzelstaatlichen Interventionismus auf den Weltmarkt für Seeverkehrsleistungen aufgezeigt wird. Dabei arbeitet der Autor heraus, daß sich die Wirkungen der Einzelmaßnahmen ständig verschärfen und nicht zuletzt wegen der Zunahme „der schiffahrtsprotektionistisch intervenierenden Nationen“ einer gefährlichen Kumulation zutreiben, die eine permanente Strukturkrise in der Seeschiffahrt heraufzubeschwören droht. Es wird verdeutlicht, daß äußerst scharfe diskriminierende Maßnahmen zu Marktsplaltungen geführt haben und nach wie vor führen, wodurch „der voll funktionsfähige offene Restmarkt“ nicht nur unablässig verkleinert wird, sondern darüber hinaus noch den größten Teil der Anpassungslast übernehmen muß. Zwar sei der Preismechanismus auf den verschiedenen Teilmärkten des Seeverkehrs trotz aller wirtschaftspolitischen Eingriffe noch nicht völlig außer Kraft gesetzt, aber immerhin bereits entscheidend verfälscht, und bei der ungebrochenen Tendenz, verstärkt einzelstaatlich zu intervenieren, sei eine marktwirtschaftlich organisierte Schiffahrtswirtschaft immer mehr gefährdet. Man kann nur hoffen, daß dieses ordnungspolitisch betrübliche Fazit des Buches dazu beiträgt, die politisch Verantwortlichen aufzuwecken, damit es zu einem wirtschaftspolitischen Sinneswandel kommt, bevor der Gesamtmarkt für Seeverkehrsleistungen voll und ganz in zentralverwaltungswirtschaftlichen Reglementierungen erstarbt.

Helmut Gröner, Bonn

Renate Aengenendt: Wettbewerbsprobleme der mittelständischen Verkehrswirtschaft. Köln u. Opladen 1967. Westdeutscher Verlag. 175 S.

In dem ersten Teil der Untersuchung beschäftigt sich die Verfasserin mit „Struktur und Entwicklung der Verkehrswirtschaft“ in der Bundesrepublik Deutschland. Lückenhafte amtliche Statistiken behindern eine detaillierte Strukturanalyse und damit die wirtschaftspolitische Beurteilung der strukturellen Entwicklung in diesem Wirtschaftszweig. Auf die Hilfsmittel ungenauer Schätzwerte kann insofern nicht verzichtet werden, soll nicht die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Verkehrsmärkte ungewiß bleiben.

Der zweite Teil über „die Verkehrspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Rückwirkungen auf das mittelständische Verkehrsgewerbe“ zeigt ein Musterbeispiel unkoordinierter Branchenspolitik und ordnungspolitischer Ungereimtheiten in diesem Wirtschaftszweig. Massive staatliche Interventionen in den Wirtschaftsprozess isolierten die Verkehrspolitik von der allgemeinen Wirtschaftspolitik und lösten weitere Interventionen in das Marktgeschehen aus, die die notwendige Anpassung an Strukturwandlungen der Nachfrage noch weiter behinderten. Staatlich verordnete Festpreise, Zugangsbeschränkungen zu den Verkehrsmärkten, Unter-

schiede in der Besteuerung und steigende Zuschüsse an die Deutsche Bundesbahn (DB) sollen vielmehr die Nachfrage den vorhandenen Kapazitäten anpassen. Damit gelingt es zwar teilweise, das starre Preissystem im Verkehrsbereich aufrechtzuerhalten. Wandlungen in der Kosten- und Marktstruktur und die Anpassung der Einzelwirtschaften an diese veränderten Daten sind damit allerdings nicht aufzuhalten. Zunehmend gewichtigere Engpässe und Überkapazitäten sind äußere Zeichen einer verfehlten Wirtschaftspolitik, die den Spielraum für einen leistungsanspornenden Wettbewerb versagt, den Produktivitätsfortschritt hemmt, die Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsbereichen behindert und die mittelständischen Verkehrsunternehmer diskriminiert.

„Aufgaben einer marktwirtschaftlichen Verkehrspolitik“ lautet der dritte Teil der Arbeit, in dem Renate Aengenend empfiehlt, die Verkehrswirtschaft allmählich einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik zu unterwerfen. „1. Allmähliche Aufstockung der Kontingente im Straßengüterfernverkehr bis zur völligen Freigabe des Marktes; 2. Einführung von Margentarifen mit zunehmendem Preisspielraum, die letzten Endes zu freien Preisen führen sollten; 3. Abbau der Kostenverzerrungen, die sich aus der staatlichen Finanzpolitik ergeben; 4. Aufhebung der rechtlichen Privilegien der DB auf bestimmten Märkten; 5. Sanierung der DB und 6. Mißbrauchaufsicht über verbleibende Machtstellungen, insbesondere der Bundesbahn“ (S. 166) würden die Kräfte des Marktes mobilisieren, die notwendige Anpassung an Strukturveränderungen der Nachfrage erzwingen, Engpässe und Überkapazitäten bereinigen und die Harmonisierung der europäischen Verkehrsmärkte näherbringen.

Die Konsequenzen, die die Verfasserin für die mittelständischen Verkehrsunternehmer ableitet, sind überzeugend: Der Abbau der zwangswirtschaftlichen Regelungen des Staates schützt sie vor Chancenungleichheiten, gibt ihnen die Möglichkeit, sich schnell und ihrem spezifischen Leistungsangebot entsprechend veränderten Marktdaten anzupassen und sich beim Rückzug der DB aus der Fläche neue Aufgaben zu erschließen. Staatliche Struktur- und Anpassungshilfen, die soziale Härten mildern und den Umstellungsprozeß erleichtern, werden dadurch nicht überflüssig.

Es ist das besondere Verdienst Renate Aengenends, auf die strukturellen Erfordernisse bei einer Neuorientierung der Verkehrspolitik in der Bundesrepublik Deutschland aufmerksam gemacht zu haben. Das enge Korsett, das der Verkehrswirtschaft durch staatliche Regelungen angepaßt wurde, hat den Anpassungs- und Umstellungsprozeß in diesem Wirtschaftszweig gelähmt, bestehende Strukturen konserviert und zementiert, die Lösung der Strukturprobleme weiter behindert und die öffentlichen Haushalte mehr und mehr belastet. Anpassung und Umstellung im Wirtschaftsprozeß sind aber zwei der wichtigsten Motoren für das wirtschaftliche Wachstum. Die herkömmliche Verkehrspolitik in der Bundesrepublik Deutschland erweist sich

somit als Wachstumsbremse. Überdies zwingen hohe Wachstumsraten mit ihren veränderten Einkommenselastizitäten der Nachfrage zu einer beschleunigteren strukturellen Umstellung und zur Verlagerung der Handelsströme. Auch insofern entsprach die Verkehrspolitik in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht den wachstumspolitischen Erfordernissen.

Schließlich erhält man mit diesem Buch wertvolle Möglichkeiten, das neue verkehrspolitische Programm dahingehend zu beurteilen, ob die im „Leber-Plan“ genannten Mittel geeignet sind, die verfahrenre Situation schnell, reibungslos und mit den geringsten gesamtwirtschaftlichen Nachteilen möglichst nahe an diese Ziele heranzubringen.

Hans Joachim Hochstrate, Marburg

Ulrich Klimke: Die Investitionspolitik deutscher Seehäfen unter besonderer Berücksichtigung der Tendenz zu wachsenden Schiffsgrößen im Massengutverkehr. Düsseldorf 1968. Verlag Handelsblatt GmbH. 116 S.

Die technische Entwicklung im Seeverkehr hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr beschleunigt und sowohl zu sprunghaft steigenden Schiffsgrößen als auch zu einer tiefgreifenden Veränderung der Umschlagsmethoden geführt. Die vor allem aus den Wandlungen der Massengutfahrt resultierenden Folgen für die Seehafenwirtschaft machen eine rationale Investitionspolitik dringlich. Damit beschäftigt sich die vorliegende Studie. Sie konzentriert sich auf Erz- und Tankfahrt.

Das Buch hinterläßt ein zwiespältiges Gefühl, je nach dem Blickwinkel der Betrachtung. Es enthält sowohl eine empirische Analyse der Wandlungen in diesem Bereich als auch den Versuch, zu einer mehr theoretischen Aussage über die Erfordernisse einer wirtschaftlichkeitsbezogenen Investitionspolitik der Seehäfen zu gelangen.

Hinsichtlich des informativen Gehalts muß das Buch als weitgehend überholt bezeichnet werden. Die verwendeten Quellenmaterialien gehen nur in einigen Fällen über das Jahr 1965 hinaus. Die Tabellen sind nur selten auf dem neuesten erreichbaren Stand. Auch die Angaben über Ausbaumaßnahmen der Häfen beziehen sich z. T. auf „Planungen“, die inzwischen bereits größtenteils realisiert sind (z. B. Ausbau der Zufahrt in Ijmuiden, Aufnahmefähigkeit von Weserport, wo man sich keineswegs erst auf die Abfertigung von 70 000-t-dw-Schiffen „vorbereitet“ usw.). Die Zahlen über die Größenentwicklung der in Betracht kommenden Schiffstypen sind ebenfalls nicht mehr repräsentativ, nachdem bei Tankern auf breiter Front die 200 000-t-dw-Grenze überschritten wurde und auch der Bulk-Carrier — vor allem das OBO-(Ore-Bulk-Oil)Ship — teilweise bereits in den 100 000-t-dw-Bereich hingewachsen ist.

In seiner z. T. recht weit ausholenden theoretischen Analyse bemüht sich der Verfasser um eine grundsätzliche Klärung der Probleme einer rationalen Lösung der Hafeninvestitionen. Empirisch ist keine hinreichende Basis zu finden. Eine Befragung von Hafenverwaltungen des Nordwestkontinents stellt das Ziel einer Beschäftigungsmaximierung heraus. Diese ist allerdings kaum als Kriterium einer rationalen Investitionspolitik geeignet, da sie eher statisch ist, das eigentliche Problem somit umgeht und auf maximalen, weniger bedarfsbezogenen als voraussetzenden Ausbau der Kapazitäten hinauslaufen kann, wie namentlich das Beispiel der Rhein-Schelde-Häfen zeigt. Diese betrachtet der Verfasser offenbar als „Führer“ in einem „Investitionsoligopol“, deren Entscheidungen „Daten“ für die Investitionspolitik der deutschen Seehäfen sind.

Da die Tendenz zu einer Beschränkung der Hafenzahl sich wegen wachsender Schiffgrößen und entsprechender natürlicher Begrenzungen der Kapazitäten (Fahrwassertiefe usw.) verstärkt, befürwortet er eine Koordination der Hafeninvestitionen im internen (z. B. staatliche und private Beteiligung), nationalen und internationalen Bereich, ferner eine Abstimmung mit anderen Verkehrsträgern. Als Programm scheint das durchaus zweckmäßig. Es mangelt aber offenbar an geeigneten Kriterien der Wahl zwischen Investitionsalternativen, wenn nicht naturgeographische Konstanten einzelne Varianten ausscheiden.

Insofern bietet das Buch in erster Linie eine Analyse von Voraussetzungen und hypothetisch möglichen Wegen rationaler Investitionspolitik der Seehäfen. Schließlich muß auf die inzwischen eingetretenen Anforderungen der Containerumrüstung an die Seehafeninvestitionen hingewiesen werden, die einerseits das Problem verschärfen, andererseits möglicherweise auch neue Aspekte für den hier allein behandelten Schüttgutverkehr bringen. Hans Böhme, Göttingen

Jochen Schumann: Input-Output-Analyse. Berlin-Heidelberg-New York 1968. Springer-Verlag, X, 311 S.

Schumann schließt mit seiner „Input-Output-Analyse“ eine Lücke, die seit einiger Zeit — insbesondere seit dem Beginn der empirischen Arbeiten zur Erstellung von Input-Output-Tabellen — in der Bundesrepublik Deutschland besteht. Er geht in seiner Untersuchung kurz auf die Input-Output-Tabelle und die statistischen Schätzmethoden als empirische Grundlagen von Input-Output-Modellen ein und weist auch auf die praktische Bedeutung der Modelle hin, sein Hauptaugenmerk gilt aber der Darstellung einiger Entwicklungslinien der Input-Output-Theorie. Dabei unterscheidet Schumann — unter Nichtbeachtung der regionalen Input-Output-Analyse — die statische und die dynamische Theorie.

Im Rahmen der statischen Input-Output-Theorie, bei der es um die Analyse der Gleichgewichtswerte der Variablen ohne Berücksichtigung

der Zeit geht, werden sieben Modelle vorgeführt. Ausgegangen wird vom statischen offenen Input-Output-Modell als Mengen- und Preismodell, das durch Abänderung der Annahmen über die Endnachfrage (u. a. durch Einführung von Konsum- und Investitionsfunktionen) und über die Nachfrage nach primären Inputs (u. a. durch Ersetzung der Produktionsfunktionen vom Walras-Leontief-Typ durch solche vom Arrow-Solow-Typ, also durch CES-Funktionen) in verschiedener Richtung weiterentwickelt wird. Mit Hilfe von Zielfunktionen werden diese Modelle dann in gesamtwirtschaftliche (lineare und nichtlineare) Programmierungsmodelle überführt, die nicht nur eine Lösung haben, sondern mehrere Lösungen zulassen, die es aber auch gestatten, aus diesen die optimale Lösung auszuwählen.

Die dynamische Input-Output-Theorie, die eine „Datierung“ der Größen voraussetzt, d. h. die Abhängigkeiten bestimmter Variablen von anderen Variablen unter Berücksichtigung von time-lags analysiert, wird anhand von fünf Modelltypen behandelt. Dabei erfolgt die Beschreibung der Modelltypen grundsätzlich in Analogie zur statischen Theorie, also durch das dynamische offene Modell, das geschlossene Modell, das offene Modell mit Konsumfunktionen bzw. mit CES-Produktionsfunktionen und durch das zum Programmierungsmodell erweiterte dynamische Input-Output-Modell.

Alle Modelle werden — soweit möglich — einheitlich dargestellt. Zunächst werden sie formuliert, dann die Voraussetzungen der Existenz von Lösungen untersucht und schließlich die Lösungen angegeben. Hierfür sind, wie Schumann selbst schreibt, „Kenntnisse in der Matrizen- und Determinantenrechnung sowie über Differenzgleichungen“ Voraussetzung. Zu begrüßen ist, daß zu jedem der zwölf Modelle ein numerisches Beispiel gegeben wird; obwohl diese Beispiele oft, wie z. B. im Fall der sektoralen Konsum- und Investitionsneigungen, Größen enthalten, die in der Realität beim jetzigen Stand der empirischen Wirtschaftsforschung gar nicht oder nur sehr schwer zu erfassen sind, tragen sie entscheidend zum Verständnis der Modelle und ihrer Lösungen bei.

Das Buch von Schumann kann — insbesondere für den deutschen Sprachbereich — als ein Standardwerk auf dem Gebiet der Input-Output-Analyse angesehen werden. Es bietet nicht nur dem an der Input-Output-Rechnung interessierten Leser, sondern auch dem Produktions-theoretiker wertvolle Einblicke in einen Teilbereich der modernen Wirtschaftstheorie.

Reiner Stäglin, Berlin

E. Reisch (Hrsg.): *Quantitative Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus*. München-Basel-Wien 1967. Bayrischer Landwirtschaftsverlag. 458 S.

Das vorliegende Buch ist der Band IV der Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus und enthält die Beiträge von der 7. Jahrestagung dieser Gesellschaft, die im Ok-

tober 1966 in Kiel stattfand und dem im Titel angegebenen Thema gewidmet war. Zielsetzung und Anlage dieses Bandes werden am besten mit den einführenden Worten des Herausgebers skizziert:

„Heute dürften zwei Erkenntnisse Allgemeingut in den Reihen der Agrarökonomien geworden sein: Einmal die Tatsache, daß die beste wissenschaftliche Methode nicht mehr zu leisten vermag, als es die Unterlagen zulassen, auf denen deren Anwendung basiert. Man spricht vom Datenproblem. Zum anderen wird jedem Agrarwirtschaftler im Zuge der Arbeit immer deutlicher, daß die Erfassung der in ein Modell einzubauenden Faktoren, Alternativen und Zielsetzungen sowie der in einem System wirksamen Beziehungen um so schwieriger wird, je mehr man sich der komplexen Wirklichkeit der Wirtschaft und menschlichen Entscheidungsfindung anzunähern versucht. Man könnte vereinfachend vom Methodenproblem sprechen.

Auf die beiden Probleme konzentriert sich daher das Interesse dieser Tagung. Die Beitragsfolge beginnt mit den Vorschlägen zur Lösung bzw. Milderung des Datenproblems. Dann folgen die Beiträge zum Methodenproblem, wobei von der einzelbetrieblichen Betrachtung zum marktwirtschaftlichen Aufgabenbereich und zur Regionalanalyse übergegangen wird. Der letzte Teil ist schließlich der Frage der Anwendung ökonometrischer Methoden in der Agrarpolitik gewidmet.“

Die ersten sechs der insgesamt 23 Beiträge befassen sich in weiterem Sinne mit dem „Datenproblem“; sie sind hauptsächlich für den Agrarökonomien interessant: Kritische Betrachtungen zur Anwendung quantitativer mathematischer Methoden im landwirtschaftlichen Betrieb (*Preuschen*); Zur Auswahl von Planungsverfahren (*Eisgruber*); Modellansatz als Funktion der Datengenauigkeit (*Skomroch*); Die Betriebsoptimierung in ihrer Rückwirkung auf Buchführung und Betriebsstatistik (*Riebe*); Anwendung des Matrizenkalküls im landwirtschaftlichen Rechnungswesen (*Jändl*); Schätzung von Kalkulationsdaten mit Hilfe der Regressionsrechnung (*Geissler*).

In vier Aufsätzen werden einige spezielle Methodenprobleme erörtert: Diskussion und Neuformulierung von Betriebsentwicklungsmodellen (*Köhne*); Spezialprobleme der linearen Programmierung (*Brandes*); Programmierung mit nichtlinearer Zielfunktion (*Seuster*); Erfahrungen bei der Schätzung gesamtbetrieblicher Produktionsfunktionen aus der Buchführungsstatistik (*Kastner*).

Die nächsten Beiträge, Betriebssimulation in der Landwirtschaft (*Hesselbach*) und Die Netzwerktechnik (*Schmutz*), sind dann in ihrer Anlage repräsentativ für die folgenden elf Artikel: Zunächst wird ein Verfahren in seinen Grundzügen vorgestellt, sodann auf ein praktisches Beispiel aus der Landwirtschaft angewendet. Im einzelnen finden wir: Zur Entwicklung und Transformation orthogonaler Faktoren-Modelle (*Heiland*); Zur Anwendung der Faktoranalyse bei der Untersuchung der Streuungsursachen landwirtschaftlicher Einkommen (*Hanf*); Probleme bei der Ermittlung von Elastizitätskoeffizienten aufgrund von Zeitreihenanalysen mit Jahresdaten (*Wolffram*); Prognose mittels Markov-Ketten (*Hanf*); Modell zur Analyse und Prognose des Schweineangebotes (*Elterich*); Möglichkeiten der Ableitung einer Investitionsfunktion für den landwirtschaftlichen Sektor (*Uhle-*

mann); Analysen des Marktablaufs bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit vierteljährlichen und monatlichen Daten (*Wöhlken*); Die Ermittlung des räumlichen Gleichgewichts der landwirtschaftlichen Produktion (*Heinrichsmeyer*); Bedeutung der Datengrundlage für die Formulierung und Interpretation eines multiregionalen Prozeßanalysemodells (*Buchholz*); Mikroanalytische Produktionsmodelle zur Analyse agrarpolitischer Alternativen (*Heidhues*); Eine ökonomische Methode zur Ermittlung optimaler Werte wirtschaftspolitischer Instrumente (*Gruber*).

Die Verfahrensdarlegungen sind teilweise sehr elementar (Zeitreihenanalyse), trotzdem können sie, besonders durch die Verbindung mit dem Anwendungsbeispiel, sehr eindringlich sein (Markov-Ketten). Nicht immer zeigen die Autoren so souveräne Übersichten wie etwa *Heidhues* in seinem Artikel über Mikroanalytische Produktionsmodelle. Er macht hier auch mit dem rekursiven Programmierungsansatz von *Richard Day* bekannt, welcher gerade dabei ist, dieses Verfahren auch auf nichtlandwirtschaftliche Produktion (Kohlebergbau) anzuwenden. Zur Kennzeichnung der Spannbreite bei der ökonomischen Modellbildungstechnik mögen die Ansätze von *Gruber* und *Elterich* dienen. *Gruber* führt ein sorgfältig und ziemlich fein entwickeltes Modell vor. *Elterichs* Versuch ist so naiv, daß man die Veröffentlichung nur aufgrund der Tatsache verstehen kann, daß es sich hier nach Worten des Autors um einen Zwischenbericht handelt. Sicherlich muß man bei der praktischen Anwendung „quantitativer Methoden“ stets Abstriche gegenüber den weiter entwickelten theoretischen Feinheiten machen. Die Bevorzugung der Kleinstquadratmethode in der Praxis des ökonomischen Schätzens ist dafür ein beredtes Beispiel. Die Mehrzahl der in diesem Bande versammelten Beiträge zeigt jedoch, daß hier zufriedenstellende Lösungen zu finden sind.

Werner Meißner, Darmstadt

Klaus Stern und *Paul Münch*: Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. Stuttgart 1967. Kohlhammer Verlag. 223 S.

Mit dieser Veröffentlichung liegt ein Kommentar vor, der angesichts des gesetzgeberischen Neulands, das mit dem Stabilitätsgesetz betreten wurde, besonderes Interesse verdient. Der Aufbau des Kommentars erfolgt in bewährter Form. Zunächst wird das Fünfzehnte Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 8. Juni 1967, das den Artikel 109 GG zur Grundlage des Stabilitätsgesetzes macht, abgedruckt und daran anschließend der Text des eigentlichen Stabilitätsgesetzes. Der eigentliche Kommentar gliedert sich dann in drei Teile. Im ersten wird die Entstehungsgeschichte und die volkswirtschaftliche und staatsrechtliche Bedeutung des Stabilitätsgesetzes behandelt. Anzumerken wäre, daß die Bezeichnung „antizyklische (kompensatorische) Finanzpolitik“ (S. 39) verwirrend ist, denn unter antizyklischer Finanzpolitik wird in der Finanzwissenschaft etwas anderes als unter kompensatorischer ver-

standen. Letztere beruht nicht auf Konjunkturschwankungen, sondern auf der Theorie der säkularen Stagnation. Der zweite Teil ist der Neufassung des Artikels 109 des Grundgesetzes gewidmet und kommentiert eben dessen Änderung sowie die sonstigen allgemeinen Verfassungsrechtsfragen der Verfassungsänderung. Die einzelnen Paragraphen des Stabilitätsgesetzes werden im dritten Teil behandelt. Zur Erleichterung der Benutzung des Kommentars dient, daß hier die einzelnen Paragraphen mit Überschriften versehen und den Erläuterungen vorgestellt werden. Als Anhang wird die Finanzplanung des Bundes 1967 bis 1971 sowie der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stabilitätsgesetzes abgedruckt. Ein ausführliches Sachregister beschließt den Kommentar.

Der Materie des Stabilitätsgesetzes zufolge beschränkt sich der Kommentar nicht auf juristische Fragen, sondern behandelt ebenso eingehend die volkswirtschaftliche Problematik des Gesetzes. In sehr anschaulicher und ausführlicher Form werden die volkswirtschaftlichen Bezüge des Gesetzes aufgezeigt und dabei eine kritische Haltung eingenommen. Das gleiche gilt auch für die juristischen Teile des Kommentars, die allerdings dem Rezensenten nicht so nahe stehen. Eine Vielzahl von neuesten Literaturhinweisen ermöglicht es, noch weiter in die Materie einzudringen. Vielleicht wäre ein zusammenfassendes Literaturverzeichnis angebracht gewesen.

Es sei abschließend nochmals auf die Ausführlichkeit und verständliche Darstellungsweise des Kommentars hingewiesen. Den Verfassern kann attestiert werden, daß die Verbindung eines juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Kommentars vollauf geglückt ist. Bei der Bedeutung des Stabilitätsgesetzes wird sicherlich häufig auf dieses Werk zurückgegriffen werden müssen.

Dieter Stilz, Berlin

Harm Prior: Die interministeriellen Ausschüsse der Bundesministerien. Stuttgart 1968. Gustav Fischer. 195 S.

Die Veröffentlichung von Harm Prior über die interministeriellen Ausschüsse der Bundesministerien vermittelt einen ausgezeichneten Einblick in die Arbeitsweise einer modernen Verwaltung, insoweit es deren höchste Ebene betrifft. Prior kann deutlich zeigen, daß die koordinierte Arbeit des Kabinetts auf Ministerebene für eine sachgerechte Lösung der vielfältigen Probleme der aus der Regierungstätigkeit erwachsenden Verwaltungstätigkeit nicht ausreicht. Interministerielle Ausschüsse erscheinen damit als eine durch die Notwendigkeit der Lösung bestimmter Verwaltungsaufgaben erzwungene Durchlöcherung des reinen Ressortprinzips.

Harm Prior geht von einer Beschreibung bestehender Ausschüsse aus und versucht dann, zu allgemeinen Aussagen über die Fragen der allgemeinen Kennzeichen von Ausschüssen sowie über die Arbeitsweise der Ausschüsse zu kommen, wobei er allerdings immer auf einer relativ niedrigen Abstraktionsebene bleibt. Nach einigen kurzen Ausführungen

rungen über die Problematik der Ausschüsse in einer nach dem Ressortprinzip aufgebauten Verwaltung unternimmt Prior den Versuch einer Typologie der interministeriellen Ausschüsse und kommt zu der Einteilung in: 1. Informationsausschuß, 2. Ermittlungsausschuß, 3. Planungsausschuß, 4. Lenkungsausschuß, 5. Ausschuß zur Genehmigung von Anträgen, 6. Ausschuß zur Verwaltung eines Fonds, 7. Ausschuß zur Aufstellung von Verwaltungsvorschriften und 8. Ausschuß zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfs.

Kritisch anzumerken wäre bei der vorliegenden Veröffentlichung die teilweise Vermischung von Beschreibung bzw. Analyse mit Reformvorschlägen, insbesondere deshalb, weil diese Reformvorschläge mehr als Nebenprodukt des deskriptiv-analytischen Teils in Form von ad-hoc Hypothesen erscheinen.

Dieter v. Schmädel, Linz

F. O. Bonhoeffer und W. H. Strigel: Amerikanische Unternehmer- und Verbraucherbefragungen — Ergebnisse einer Studienreise. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 119 S.

Es ist relativ selten, daß eine mehrmonatige Studienreise zu so handfesten und publikationswürdigen Ergebnissen führt, wie die von beiden Autoren im Herbst 1963 durchgeführte Reise nach Nordamerika, die dem Zweck diente, die dort angewandten Methoden und Erfahrungen mit Unternehmer- und Verbraucherbefragungen aus erster Hand an Ort und Stelle zu studieren. Beiden Autoren, anerkannte Experten auf dem Gebiet der Konjunkturforschung, und zusammen mit anderen Mitarbeitern des Ifo-Instituts, Schöpfer weithin beachteter analytischer und prognostischer Techniken, ist es gelungen die Informationen von 37 Institutionen und einem Vielfachen von Personen in instruktiver Weise zu kondensieren.

Als erster Eindruck bei der Lektüre des Bändchens drängt sich die Vielfalt der Institutionen in den USA und Kanada auf, die sich mit Unternehmer- und Verbraucherbefragungen zwecks Konjunkturprognose befassen. Während das Ifo-Institut die Methode der „Tendenzbefragung“ bis zur Perfektion entwickelt hat, haben in den USA die erfragten Informationen häufiger quantitativen Charakter. Erfragt wird nicht nur die Richtung der Veränderung oder der Einschätzung, sondern auch das „Wieviel“. Dies ist, worauf die Verfasser hinweisen, darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer in Nordamerika statistischen Erhebungen viel aufgeschlossener gegenüberstehen als die europäische Geschäftswelt.

Dem Interesse der Verfasser entsprechend, werden die Unternehmerbefragungen besonders gründlich behandelt. Gerade auf dem Gebiet der Konsumentenbefragungen jedoch ist der amerikanische Vorsprung ausgeprägt. Die Vernachlässigung der Konsumnachfrage in der Wirtschaftsprognose wird häufig damit begründet, daß die Schwankungen der Unternehmerinvestitionen viel heftiger zu sein pflegen als Schwankungen der Konsumnachfrage. Dabei wird jedoch übersehen, daß der

private Verbrauch mit einem Anteil bis zu zwei Dritteln des Brutto-sozialprodukts in den westlichen Industrieländern einen beherrschenden Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beansprucht, so daß relativ viel geringere Schwankungen dieses Postens genügen, um höhere Ausschläge der Gesamtnachfrage zuwege zu bringen, als es die relativ viel größeren Veränderungen der Anlageinvestitionen vermögen. Schon in den fünfziger Jahren zeigte der Absatz von dauerhaften Konsumgütern in den USA — absolut gesehen — stärkere konjunkturelle Ausschläge als die Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich. Ähnlich deuten die Daten aus der Bundesrepublik darauf hin, daß sich die konjunkturellen Ausschläge der Ausgaben für dauerhafte Gebrauchsgüter von Zyklus zu Zyklus verstärkt haben. Hier besteht ein klarer Nachholbedarf in Deutschland, und es steht zu hoffen, daß methodisch gesicherte regelmäßige Konsumentenbefragungen mit konjunkturanalytischer Zielsetzung in Deutschland bald den Platz einnehmen werden, der ihnen zukommt.

Es ist das Verdienst der Autoren, mit Geschick und Ökonomie zum internationalen Erfahrungsaustausch beigetragen zu haben. Ökonomisch verdient ihr Vorgehen deshalb genannt zu werden, weil die Publikation ihrer Erfahrungen weniger qualifizierten wissenschaftlichen Tourismus in Sachen Unternehmerbefragungen überflüssig macht, wofür nicht zuletzt die transatlantischen Gesprächspartner den Verfassern Dank schulden.

Burkhard Strümpel, Ann Arbor/Michigan

Marcel Bolle de Bal: La vie de l'entreprise. Suppléments de rémunération et participation ouvrière. Brüssel 1967. Edition de l'Institut de Sociologie, Université Libre de Bruxelles. 162 S.

Die vorliegende Untersuchung stellt sich die Aufgabe, den Einfluß von „Lohnergänzungen“ in Form verschiedenartiger Prämien auf die „Beteiligung“ („participation“) der Arbeiter am „Leben des Unternehmens“ empirisch zu ermitteln. Den Auftrag gab das belgische Amt für Produktionswachstum; Themastellung und Zielsetzung des Projektes wurden von einem gemischten Gremium aus Hochschulforschern, Vertretern der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften ausgearbeitet.

Daß die gemischte Zusammensetzung der Auftraggeber Unabhängigkeit und Objektivität des Projektes nicht zu sichern vermochten, haben Bolle de Bal und seine Mitarbeiter klar erkannt. Es ist ihnen gelungen, die ursprünglichen Fragen, Hypothesen und Begriffe anhand eines für die Industriesoziologie ungewöhnlich umfangreichen Datenmaterials im Verlauf der Untersuchung kritisch zu reflektieren und zu modifizieren. Bolle de Bal verdichtete dabei mehrere Publikationen im Umfang von insgesamt 1 100 Seiten auf ca. 150 Seiten.

Die Untersuchung verlief in drei sukzessiven Etappen, jede wieder aufgeteilt in mehrere Phasen. Diese zeitliche Untergliederung intendierte einen Lernprozeß des Projektes: den ursprünglichen Ansatz anhand späterer Ergebnisse zu testen und abzuwandeln. Nacheinander

wurden die Methoden des standardisierten, des freien Interviews und der teilnehmenden Beobachtung angewandt und die erzielten Resultate miteinander verglichen. Während im Verlauf der beiden ersten Etappen, die in zwei verschiedenen Großbetrieben abliefen, der Fragebogen entwickelt wurde, diente die letzte Etappe — hier wurden neun von insgesamt zwölf Unternehmungen der belgischen Metallindustrie untersucht — der Prüfung des Methodeninstrumentariums und der Generalisierung der Forschungsergebnisse.

Die Auftraggeber wünschten zu erfahren, welchen Einfluß Lohnergänzungen („suppléments de rémunération“), d. h. Prämien, die in mehr als Monatsabständen gezahlt werden (im Gegensatz zu „compléments“, d. h. zu längstens in Monatsfrist gezahlten Zuschlägen) auf die Beteiligung der Arbeiter an der Unternehmung ausüben.

Die Studie klärt überzeugend und deutlich die wichtigen Begriffe: Die Aufspaltung des Begriffs „Beteiligung“ förderte Elemente und angrenzende Begriffe wie „Zufriedenheit“, „Betriebsfixierung“ und „Integration“ zu Tage, die dann zum Hauptthema der Untersuchung wurden. Die damit gemeinten Phänomene koinzidieren nicht oder nur partiell mit der „passiv-psychologischen“ oder der „wirklichen“, aktiven Beteiligung am Betriebsgeschehen. Die sich gegenseitig verstärkenden Phänomene der Integration und Betriebsfixierung wie auch der Zufriedenheit sind zwar Teilbedingungen einer „idyllischen“, konfliktfreien Beteiligung, der Zusammenhang mit einer aktiven Mitwirkung auf den verschiedenen Funktionsebenen der Unternehmung ist jedoch fraglich.

Es ist ein Verdienst der Studie, aufgedeckt zu haben, daß die Gewährung von Lohnergänzungen, wurzelnd in der „Human-Relations-Bewegung“, auf Verstärkung der Betriebstreue und Integration der Arbeiterschaft zielen. Daß dies ideologisch durch das vorgebliche Ziel der intensiveren „Beteiligung“ der Arbeiter am „Leben der Unternehmung“ verhüllt wird, sagt Bolle de Bal nicht, es steht aber zwischen den Zeilen.

Die Studie zeigt nun, daß Sonderzuwendungen der Betriebe nur begrenzt und nur für die Zeit, in der sie geleistet werden, ihren Zweck erfüllen. Sie können Spannungen und Desintegration verhindern, Integration aber kaum fördern. Mit der Ausnahme von Altersprämien verstärken sie nicht einmal die Fixierung an den Betrieb, sie wirken nur präventiv gegen stärkere Fluktuation.

Ein überraschendes Ergebnis ist, daß die Gewährung von Lohnergänzungen auch das gewerkschaftliche Bewußtsein der Arbeiter und das Prestige der Syndikate hochtreibt.

Zugleich wurden andere Faktoren sichtbar, die wesentlich intensiver Integration und Betriebsfixierung beeinflussen: die Betriebsgröße (je größer der Betrieb, desto stärker die Integration!), Höhe und Stabilität des Einkommens sowie Sicherheit des Arbeitsplatzes. Diese Faktoren wiederum verweisen zurück auf globale Faktoren wie die Wirtschaftslage des Unternehmens, ja letztlich auch auf die Konjunktur.

Es fiel schwer, den Faktor „Lohnergänzungen“ von anderen und gewichtigeren zu trennen. Das Fazit der Studie ist, daß Integration, Fixierung an den Betrieb und auch „wirkliche“ Beteiligung zuerst von der sozio-ökonomischen Gesamtlage des Betriebes und der Unternehmenspolitik abhängen. Lohnergänzungen erwiesen sich selbst bloß als Symptom und Resultat dieser komplexen Verhältnisse.

Die Untersuchung unterbreitet eine Reihe von bedeutsamen und z. T. unerwarteten Forschungsergebnissen, indem sie ein sehr umfangreiches empirisches Material auswertet. Auffallend die kritische Methoden- und Begriffsdiskussion und die klare Darstellung und Gliederung. Das Forscherteam war sich der Begrenztheit des Themas und der Tatsache bewußt, daß es dabei ursprünglich um die Erprobung wirksamer Mittel zur systemkonformen Integration der Arbeiterschaft ging. Kritik an dem in Auftrag gegebenen Thema aber beschränkte sich auf methodologische Fragen. Es wird z. B. gesehen, daß der Begriff „Beteiligung“ schwer operationalisierbar ist, nicht aber daß mit der Einengung dieses Begriffs auf die Kennzeichnung betriebsinterner, psychosozialer Vorgänge wesentliche seiner Dimensionen, etwa die der Mitbestimmung und des Abbaus a-funktionaler Herrschaft ausgeklammert sind. Die prätendierte Objektivität und Unparteilichkeit der Analyse (S. 21) bewegt sich innerhalb des Rahmens der interessenbestimmten Intention, ideologisch ausmünzbares Wissen über Harmonisierungs- und Stabilisierungschancen der betrieblichen Sozialstruktur zu gewinnen.

Zaghaft weist die Studie diese Absicht auf, dringt aber nicht ideologiekritisch so weit vor, den gesamten Problemanatz infrage zu stellen und Alternativen aufzuweisen. Fatal wirkt sich die finanzielle Abhängigkeit von den initiiierenden Interessengruppen und deren Macht aus: Eine entscheidende Forschungsphase im „Betrieb Y“ mußte abgeblasen werden; die Betriebsleitung entzog plötzlich die Zustimmung, weil ein teilnehmender Beobachter Unruhen unter den Arbeitern hervorgerufen hatte. Das Messen dessen, was geschah, fungierte als ein Messer, das in sein Objekt einschneidet und es verändert zurückläßt: bechädigend oder heilend? Diese Frage kann angesichts der Prämissen der vorliegenden Untersuchung nicht geklärt werden.

Alois-G. Brandenburg, Berlin